12 III. 28
PERIODICUM

Nummer 8 — Stuttgart, 25. Februar 1928 — 46. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin S. 14 — Postscheckkonto Stuttgart Nr. 6803

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628 41

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigenpreis: Für die 10 gespaltene Millimeterzeile 1.80 Mk.; für den Stellenmarkt 90 Pf. — Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Veitstanz der Metallindustriellen

Sie wollen am 22. Februar 800 000 Arbeiter aussperren

Seit vier Wochen stehen in Mitteldeutschland 35 000 Metallarbeiter im Ausstand. Sie haben die Werkstätten verlassen oder wurden dazu von ihren Fabrikanten gezwungen, weil sie etwas mehr Lohn fordern. Die Arbeiter glauben dazu wohlberechtigt zu sein in dieser Zeit der Preissteigerung und der goldigen Geschäftsgewinne. Sie werden darin von ihrer Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, nachdrücklichst unterstützt. Die Fabrikanten aber wollen unter keinen Umständen die Stunde mehr als 3, 2 und 1 ₰ für die gelernten, angelernten und ungelernten Leute bewilligen. Die gut verdienenden Fabrikanten erklären, was über das Zugeständnis hinausgehe, bringe sie zum Zusammenbrechen, ruiniere die Industrie, drossele die gute Konjunktur und beendige die deutsche Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Derselben Meinung ist der Gesamtverband Deutscher Metallindustriellen. Und um die mitteldeutschen Arbeiter zum Nachgeben zu zwingen, droht er mit der Aussperrung. Er will die ganze Industrie stillegen, also die Menschen zum Nichtstun verdammen, ohne die der flotte Geschäftsgang, die Wirtschaftsblüte, die deutsche Wettbewerbfähigkeit einfach undenkbar ist! Höher geht der Wahnwitz nimmer. Dergleichen können nur Leute ausbrüten, die vom Veitstanz befallen sind.

Der Gewaltstreich der Metallindustriellen ist freilich keineswegs gegen die Arbeiter allein berechnet. Auch auf den Reichsarbeitsminister soll er wirken. Es stehen nämlich neue Verhandlungen zur Beilegung des mitteldeutschen Konfliktes nahe bevor, die vom Reichsarbeitsminister angebahnt sind. Die Industriellen befürchten, daß diese Verhandlungen mehr oder weniger zugunsten der Arbeiter verlaufen, daß ihnen mehr zugestanden wird, als die Fabrikanten zugestehen wollen und daß dem besseren Zugeständnis gesetzliche Kraft durch einen verbindlichen Schiedsspruch gegeben wird.

Diese Möglichkeit soll durch die Androhung der Aussperrung vermasselt werden. Der Reichsarbeitsminister soll eingeschüchtert werden. Es sollen auf keinen Fall mehr als 3 Pfennig die Stunde gewährt werden, selbst wenn ein paar Millionen Menschen zum Hungern verurteilt sind, die ganze Industrie zum Stillstand kommt und die gute Konjunktur zum Teufel geht. Die Industriellen waren bisher die Herren im Staate. Das wollen sie auch weiterhin bleiben. Ihrer Willkür soll sich das arbeitende Volk wie Schlichter, Reichsarbeitsminister und Staat fügen.

Ob die Rechnung der hochmögenden Herren nicht falsch ist? Ob ihnen die Einschüchterung des Reichsarbeitsministers gelingt? Hierauf werden die allernächsten Tage die Antwort bringen. In ihrem Hauptteil aber ist die Rechnung der Herren sicherlich falsch. Nämlich, daß mit der Drohung und selbst durch die Verwirklichung der Aussperrung die organisierte Arbeiterschaft eingeschüchtert werden kann. Sie hat mit den Herren, den beispiellos genialen, schon länger zu tun. Sie kennt deren wirtschaftspolitische Weisheit und lieblichen Pläne. Darum war sie auf den neuesten Gewaltstreich der Industriellen gefaßt. Ebendarum ist sie auch auf die weiteren Ausbrüche des Veitstanzes der Unternehmerschaft gefaßt. Mit solchen Ausbrüchen ist besonders in der nächsten Zeit zu rechnen. Denn nächstens laufen 270 Tarifverträge ab, woran mindestens 3,4 Millionen beteiligt sind. Die Arbeiter denken selbstverständlich nicht daran, noch weiter für den bisherigen elenden Lohn zu schaffen, sondern heischen für sich einen Teil des glänzenden Gewinnes, den sie schaffen. Daß die Unternehmer, die dickverdienenden, der gegenteiligen Meinung sind, zeigt der neueste Gewaltstreich. Die Folge werden Konflikte sein von der Art und dem Ausmaß des mitteldeutschen.

Wenn von dieser Gewißheit ja noch nicht alle Gewerkschafter erfüllt gewesen wären, sie würde ihnen eingebleut durch den neuesten Willkürakt des Unternehmertums. Den mitteldeutschen Kampf wollen die Industriellen, koste es was es wolle, gewinnen, um als Gewinner bei den bald kommenden Lohnkämpfen auftreten zu können. Der Erfolg in Mitteldeutschland würde ihre Erfolgsaussicht in allen anderen Gewerben mächtig steigern. Der Sieg über die Metallarbeiter heißt gesteigerte Siegesmöglichkeit bei den anderen Arbeitergruppen.

Aus dieser so klaren Sachlage ergibt sich das Notwendige für die Arbeiter von selbst. Zuvörderst und vornehmlich aber für uns, die Metallarbeiter. Ihr Erweiterter Beirat hat, wie auf der sechsten Seite dieser Nummer nachzulesen ist, die Drohung mit der Aussperrung kühl aufgenommen. Da man sich auf sie gefaßt zu machen hatte, waren besondere Beschlüsse oder Maßnahmen nicht mehr nötig. Bereitsein ist Alles! hat der Metallarbeiter-Verband beherzigt und ausgeführt. Das Ausbeutertum wird die Gesamtheit der organisierten Metallarbeiter zu dem Waffengang bereit finden. Und, das glauben wir sagen zu können, die Gesamtheit der Gewerkschaften ebenfalls.

Durch ihren einhelligen und nachdrücklichen Widerstand gegen die Willkür des Unternehmertums erfüllen die deutschen Gewerkschafter nichts als eine wirtschaftliche und soziale Pflicht. Den Gewerkschaftern ist der Hochgang der deutschen Wirtschaft wie die zunehmende Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie in beträchtlichem Maße zu verdanken. Sie sind um des arbeitenden Volkes willen gehalten, die Wirtschaft nicht abermals durch die genialen Wirtschaftsführer drosseln und ruinieren zu lassen. Sie wollen, daß die wirtschaftliche Blüte andauert und steigt. Darum verlangen sie höhere Löhne, um die Kaufkraft der Masse zu steigern, die Industrie zu beleben, den Absatz zu verstärken und um die dadurch sehr besserungsbedürftige Wohlfahrt des arbeitenden Volkes zu fördern. Das Ziel aber wird durch Aussperrung fleißiger und kaufwilliger Menschen gefährdet. Die Schädiger der Wirtschaft müssen ihren Meister finden. Das können nur die Gewerkschaften sein. Darum werden sie sich der neuesten Störung mit allen Kräften widersetzen. Sie werden die wirtschaftlichen Veitstänzer zur Einsicht, zur Ruhe, zum Nicht-mehr-schadenkönnen zwingen. Und das mit allen Mitteln.

Das alte Spiel

Mit Mühe und Not ist es gelungen, die zum Januar angedrohte Stillegung der deutschen Eisenindustrie zu verhüten, die etwa 300000 Arbeiter brotlos gemacht hätte — gelungen durch die Nachgiebigkeit der Arbeiter, die abermals auf den seit Jahren versprochenen Achtstundentag in den Hüttenwerken verzichtet haben. Und schon kündigen die Unternehmer von neuem eine allgemeine Aussperrung in der Metallindustrie an, die sich diesmal gar auf 800 000 Arbeiter erstrecken soll. Wer kann sich jetzt noch der Erkenntnis verschließen, daß die Unternehmer der deutschen Metallindustrie einen riesigen Machtkampf unter allen Umständen herbeiführen wollen? Zumal sie zur Begründung unentwegt die alten Märchen wiederauftischen.

Gehen wir nochmal mit kurzen Worten auf diese angeblichen Gründe ein. In seiner Erklärung, die am 13. Februar in der bürgerlichen Presse stand, sagt der Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller: Der Schiedsspruch für Mitteldeutschland habe den tariflichen Spitzenlohn von 75 auf 78 ₰ die Stunde erhöht und ihn damit auf dieselbe Höhe gebracht wie in Rheinland-Westfalen „mit seinen teuren Lebenshaltungskosten". Das kann und soll nur heißen: Dieser Lohn sei für Mitteldeutschland zu hoch. Aber unmittelbar vorher behauptet die Erklärung: Diese Spitzenlöhne ständen nur auf dem Papier; die wirklich gezahlten Löhne seien viel höher, nämlich 91 bis 92 ₰ im Zeitlohn und gar 102 bis 104 ₰ im Stücklohn. Ja zum Teufel nochmal, wenn es wirklich so ist, dann kann es den Unternehmern doch ganz gleichgültig sein, ob auf dem Papier 75 oder 78 ₰ steht! Demnach wollen sie 800 000 Arbeiter aussperren, nur, weil auf dem Tarifpapier eine Zahl steht, die angeblich gar nicht zur Anwendung kommt? — Toller hat sich wohl noch kein Mensch selbst Lügen gestraft.

Das wäre Nummer eins. Nummer zwei ist die ewig wiederholte Behauptung, daß der Lohn die Reallöhne der Vorkriegszeit „nicht nur erreicht, sondern teilweise sogar erheblich überschritten" hat. Wir müssen unsere Leser um Entschuldigung bitten, daß man uns zwingt, diese ollen Kamellen immer und immer wieder durchzukauen. Aber da das Unternehmertum die Lüge immer aufs neue vorbringt, muß sie auch immer aufs neue zurückgewiesen werden. Übrigens kommt es gar nicht darauf an, ob der Vorkriegslohn überschritten ist, sondern einzig und allein darauf, ob und wie die Arbeiter mit dem jetzigen Lohn leben können. Wo steht denn geschrieben, daß der deutsche Arbeiter für alle Zeit auf den unzulänglichen Löhnen von 1913 stehen bleiben muß?

Nun soll die Behauptung offenbar für einen Stundenlohn von 75 ₰ gelten, worauf von vornherein zu bemerken wäre, daß die ungelernten Metallarbeiter bei weitem nicht so viel kriegen, sondern im Januar mit 63 bis 64 ₰ die Stunde abgespeist wurden. Doch um die Sache kurz zu machen, wollen wir gleich den höchsten, von den Industriellen selbst angegebenen Lohn ins Auge fassen. Das wäre 104 ₰ die Stunde. Wir unterdrücken unseren Zweifel, ob der überhaupt vorkommt; darüber hinaus kommt jedenfalls, nach der eigenen Erklärung der Metallkapitalisten, kein Arbeiter.

104 ₰ die Stunde ergibt bei 54 Stunden einen Wochenlohn von 56.16 ℳ. Was aber kostet demgegenüber heutzutage der notwendigste Lebensunterhalt?

Wir wollen uns dabei ausschließlich an die amtlichen Zahlen halten, die, wie man weiß, alles viel zu knapp angeben.

Sie bemaßen früher die Kosten für Nahrung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Jahre 1913 auf rund 22.50 ℳ die Woche. Inzwischen hat man zugegeben, daß es mehr war, aber man sagt nicht, um wieviel. — Bleiben wir ruhig bei den 22.50 ℳ.

Die vier angegebenen Ausgabenarten bilden (wiederum nach der amtlichen Statistik) ungefähr 55 vH des Gesamtbedarfs. Also kostete der Gesamtbedarf eines kleinen Arbeiterhaushalts (mit nur 2 Kindern) im Jahre 1913 rund 41 ℳ die Woche. Das soll nun, laut amtlichem Index, heute um rund 50 vH teurer sein. Demgemäß kommt der Lebensbedarf einer kleinen Arbeiterfamilie heute auf ungefähr 62 ℳ die Woche zu stehen. Ergebnis: Der allerhöchste Wochenlohn, der nach der eigenen Behauptung der Unternehmer von einem Metallarbeiter erzielt werden mag, bleibt noch um 5 ℳ hinter den Kosten des Lebensunterhalts zurück, wenn man die amtlichen Zahlen zugrunde legt. Und da will man uns einreden, schon mit 75 ₰ Stundenlohn sei die Kaufkraft des Vorkriegslohnes überschritten!

Nummer vier, ebenfalls ein altes Paradestück der Unternehmer: Die ach so kleinen Profite! 110 Maschinenfabriken sind da, denen gehts gar so schlecht. Vor dem Kriege hatten sie 12 vH Reingewinn, jetzt nur noch 3 und zuletzt nur noch 1,4 vH. — Warum so zimperlich? Warum werden nicht die Namen der 110 Fabriken genannt, damit man nachprüfen kann, auf welche Weise ihr „Reingewinn" herausgerechnet worden ist? Denn das werden uns die Unternehmer doch wohl nicht zumuten, daß wir vor dem sogenannten „Reingewinn" heute noch den allergeringsten Respekt haben, nachdem es selbst in der bürgerlichen Presse längst die Spatzen von allen Dächern pfeifen, wie die Bilanzen frisiert werden. Wie lasen wir doch jüngst so treffend in einem bürgerlichen Witzblatt: Der Besitzer eines Unternehmens fordert den Buchhalter auf, die Bilanz zu machen, weil die Gläubiger die Wahrheit erfahren wollen. Darauf der Buchhalter: Was wollen die Gläubiger wissen, die Bilanz oder die Wahrheit?

Was die Wettbewerbfähigkeit im Ausland anbetrifft, so haben wir nachgewiesen, daß auch das nur ein Bluff der Unternehmer ist! Denn sie haben ja zum Beispiel durch die Strafgelder im internationalen Stahlkartell die französische Konkurrenz direkt unterstützt. Für heute mag genügen, daß sogar der gut bürgerliche Berliner Börsen-Courier den Herren sagen muß: besser und nachhaltiger als durch eine so riesenhafte Aussperrung könnten sie der ausländischen Konkurrenz gar nicht auf die Beine helfen.

Nach einer längeren wirtschaftlichen Blüte, nach einer noch länger währenden Rationalisierung, die die Gestehungskosten in großem Maßstabe vermindert hat, können die Unternehmer niemand glauben machen, daß ihre Profite gering seien. Sie können auch selbst, angesichts der zum Himmel schreienden Tatsachen, unmöglich glauben, daß die Arbeitslöhne heute höher seien als vor dem Kriege. Das alles sind nur vorgeschobene leere Behauptungen, die verdecken sollen, daß die Unternehmer den eigentlichen und wahren Beweggrund ihres Verhaltens selbst nicht wissen. Der steckt nämlich in der Tatsache, daß das kapitalistische System, so hoch auch der Profit sein mag, doch immer weiter steigenden Profit braucht, und daß es den beim heutigen Stand der Dinge auf keine andere Weise beschaffen kann als durch immer tiefere Herabdrükkung des Arbeitslohns. Wie die Entwicklung heute gediehen ist, kann das kapitalistische Wirtschaftssystem nur noch durch fortgesetzte Kürzung des Anteils der Arbeiterklasse am Ertrag leben. Das ist der Schlüssel zu den Vorgängen der Gegenwart, und daraus ergibt sich, daß es mit dem bloßen Widerstand gegen die einzelnen Angriffe des Unternehmertums — gestern Stillegung einer ganzen Industrie, heute allgemeine Aussperrung von 800 000 Mann, morgen wieder etwas anderes — nicht getan ist, sondern daß das kapitalistische Wirtschaftssystem beseitigt werden muß.

Zur Preiserhöhung der Schwerindustrie

Die eisenverarbeitende Industrie ist ungehalten

Die Preiserhöhung der Schwerindustrie begegnet in den Kreisen der Eisenverarbeiter starkem Widerspruch. Er ist überzuckert mit einem Ausfall gegen die Lohnpolitik des Reichsarbeitsministeriums, womit die sozialpolitische Übereinstimmung der eisenverarbeitenden mit der eisenschaffenden Industrie bezeugt werden soll. Aber während sonst die geschäftlichen Gegensätze der Industriellen hinter doppelten Türen und dicken Vorhängen ausgetragen und nur als Limonade der Öffentlichkeit vorgesetzt werden, hat die Preiswillkür der Schwerindustrie den unter der Asche schon lange glimmenden Groll diesmal zu einer so starken Flamme angefacht, daß die Minimalapparate versagen und die Flammen zum Bau hinauslodern. Wie es nun einmal bei einem solchen Brande ist, ehe er zum Verlöschen kommt, erhellen die Flammen manches, was sonst nicht zu sehen ist.

Die Auseinandersetzungen haben für die Arbeiter einige Bedeutung. Sie bestätigen vieles von dem, was von den Gewerkschaften während der Auseinandersetzungen über die Preis- und Wirtschaftspolitik der Schwerindustrie gesagt worden ist. Auf der Jahresversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes Elberfeld hat der Vorsitzende Direktor Karl Zell nach der DAZ vom 26. Januar die Preispolitik der Schwerindustrie scharf verurteilt und ausgeführt, daß jede Erhöhung irgend eines Teiles

unserer Selbstkosten nicht nur den Inlandsbedarf zum Stocken bringe, sondern auch unsere Stellung auf dem Weltmarkt erschwere. Direktor Zell stellte fest, daß die Schwereisenindustrie trotz des Verlustes von 40 vH ihrer Erzeugungsmöglichkeit wieder nahezu 90 vH der Vorkriegsmengen erzeugt, daß die Leistung je Mann und Schicht in den beiden letzten Jahren um nahezu 25 vH gestiegen ist und daß in der Gewinnung und Verwertung der Nebenprodukte große Fortschritte gemacht worden sind. Das bedeute aber eine erhebliche Verbilligung der Selbstkosten und es sei daher wohl zu überlegen gewesen, ob nicht eine Erhöhung der Eisenpreise zu vermeiden war.

Sehr scharf wendet sich auch der „Maschinenmarkt", der im Kleineisengewerbe sehr verbreitet ist, gegen die Preiswillkür der Eisenindustrie und sagt ihr einige Wahrheiten. Es wird der Schwerindustrie geringes volkswirtschaftliches Verständnis vorgeworfen und beigefügt, daß sie die ihr durch die Überspannung sozialpolitischer Maßnahmen auferlegte Selbstkostenerhöhung in nahezu verdoppeltem Maße auf die weiterverarbeitende Industrie abzuwälzen beliebt. Weiter heißt es im „Maschinenmarkt": Die von der eisenschaffenden Industrie getriebene Preispolitik geht also auch weiterhin lediglich auf Kosten der inländischen Konsumenten und namentlich aller Zweige der weiterverarbeitenden Industrie. Zunächst zahlt diese die Exportprämie für alle Hauptprodukte der Schwerindustrie und empfängt dafür eine Rückvergütung, von der ihr abermals bei Blechen ein nicht unerheblicher Teil gekürzt worden ist. Man wird es auf diese Weise immer besser verstehen, wenn die weiterverarbeitende Industrie nur von einer Mengenkonjunktur spricht, während die eisenschaffende Industrie sich eine richtige Konjunktur auf Kosten überhöhter Inlandspreise zurecht gemacht hat. Das viel bekämpfte System der Ausfuhrprämien haben wir hier in schönster Blüte vor uns, nur daß es sich nicht um offizielle staatliche Ausfuhrprämien handelt, sondern um Ausfuhrrückvergütungen, die von der Gesamtheit der deutschen Konsumentenschaft gezahlt werden.

In weiteren Aufsätzen (Nr. 14 und 15 vom Februar) schreibt der „Maschinenmarkt", daß die Strafgelder, die die Eisenindustrie infolge der starken Überschreitung des Anteils an die Roystahlgemeinschaft gezahlt hat, „fast ausschließlich aus der Tasche der deutschen Verbraucher gezahlt werden, da die hauptsächlichsten Überschreitungen des Anteils aus dem Inlandsgeschäft sich ergeben und der Monopolcharakter des Stahlwerksverbandes die Hochhaltung der Inlandspreise erzwungen hat. „Alles in allem", heißt es wörtlich in dem Blatt, „erwirtschaftet die Schwerindustrie „eine hohe Gewinnspanne", die ebenfalls von der weiterverarbeitenden Industrie getragen werden muß." Die eisenverarbeitende Industrie ist einmal verkauft worden.

Diese Stimmen aus dem Lager der eisenverarbeitenden Fabrikanten zeigen, was die Gewerkschaftspresse oft schon dargelegt hat, nämlich daß sich die Schwerindustrie auf Kosten der Verbraucher fürstlich eingerichtet hat. Die Geständnisse überraschen uns nicht, sind aber eine Bestätigung dessen, was hier schon oft erklärt worden ist.

Anarchische Zustände im ostelbischen Braunkohlenbergbau

Die unterzeichneten Arbeiterorganisationen sehen sich gezwungen, der Öffentlichkeit folgendes zu unterbreiten:

Noch sind die Wogen des letzten Braunkohlenarbeiterstreiks im ostelbischen Braunkohlenbergbau nicht geglättet und schon wieder versucht man, die in den Betrieben beschäftigten Braunkohlenarbeiter zu verbittern und um ihre vertraglichen und gesetzlichen Rechte zu bringen. Mit dem Schlagwort: „Große Kohlennot in Berlin, Kohlennot im Lande" wird auf den Werken der Niederlausitz der Versuch unternommen, die vertraglichen Rechte der Braunkohlenarbeiter aufzuheben. Mit einem Schreiben des Reichskohlenkommissars und einem Schreiben des Ostelbischen Braunkohlensyndikats werden die Betriebsvertretungen bedroht, die sich weigern, vertragliche und gesetzliche Rechte der Arbeitnehmer im Braunkohlenbergbau preiszugeben.

Das Unerhörteste aber ist, daß selbst die Bergpolizeibehörden diese Vertragsverletzungen genehmigen mit dem Erfolg, daß die Werksleitungen — ohne Rücksicht auf Gesetz und Recht — die Arbeiter, die sich weigern, vertragswidrig zu arbeiten, mit Entlassung bedrohen. Die Verhältnisse haben sich schon so weit zugespitzt, daß sich Deputationen von Arbeitern nach dem preußischen Handelsministerium begeben haben, um gegen diese Zustände zu protestieren. Bis zum heutigen Tage haben die zuständigen Bergaufsichtsbeamten diese ungesetzlichen Zustände geduldet.

Für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau besteht ein Mehrarbeitsschiedsspruch, der für die Betriebe eine elfstündige Schichtzeit vorsieht. Die Braunkohlenarbeiter arbeiten also schon täglich 1½ Stunden länger, als die im § 1 des Arbeitszeitgesetzes festgelegte Arbeitszeit vorsieht. Diese Arbeiter unter Umgehung von Vertrag und Gesetz unter Androhung von Nachteilen noch zu zwingen, an Sonntagen 12 bis 16 Stunden zu arbeiten, wie festgestellt worden ist, läßt sich unter keinen Umständen verantworten. Welcher Stand wird derartig behandelt und selbst der kurzen Erholungspause am Sonntag beraubt?

Im ostelbischen Braunkohlenbergbau sind unter Bruch der zwischen den Tarifvertragsparteien geschlossenen Vereinbarung noch 176 langjährige Bergarbeiter ausgesperrt worden und brotlos gemacht. Bei dem geringsten Anlaß werden langjährige Braunkohlenarbeiter rücksichtslos entlassen. Täglich finden Arbeiterentlassungen statt. Brikettfabriken wurden stillgelegt, ja selbst solche, die direkt an Wasserstraßen lagen. In den Betrieben selbst ist durch eine gewaltsamige Rationalisierung die Belegschaft bis aufs äußerste abgebaut worden. Die Arbeiter müssen oftmals unter Außerachtlassung selbst bergpolizeilicher Verordnungen mehrere Apparate bedienen. Durch derartige Zustände und Maßnahmen wird die Produktion nicht gehoben. Die behauptete Kohlennot ist eine Folge dieser Zustände. Sie kann behoben werden durch Beseitigung derselben.

Es wird aber bezweifelt, daß es der Unternehmerschaft nur um die angebliche Kohlennot zu tun ist, sondern darum, die wirtschaftlichen und vertraglichen Rechte der Arbeiter zu beseitigen.

Wir fragen: Ist es zu verantworten, daß in Zeiten einer Kohlennot die Produktion zu empfindlich niedrigen Preisen ins Ausland geht, darunter auch nach der Tschechoslowakei, in der gegenwärtig die Braunkohlenarbeiter im Streik stehen? Wenn also Kohlennot in Berlin und in angrenzendem Lande vorhanden ist, dann trägt daran die Schuld nur die mangelnde Organisation der Kohlenzufuhr, die es zuläßt, daß die Kohle an diesen Orten vorbei in andere Gebiete geht.

An die Betriebsvertretungen und an die Braunkohlenarbeiter aber richten wir das Ersuchen: Verweigert jede produktive Sonntagsarbeit, die nicht mit einer wirtschaftlichen Organisationen vereinbart ist! Kein Kohlenkommissar, kein Syndikat, kein Bergamt kann und darf euch die gesetzlichen Rechte und diesen gesetzlichen Schutz nehmen.

Niemand kann euch zwingen, ungesetzlich und vertragswidrig zu arbeiten.

Den in Frage kommenden Stellen rufen wir zu: Hände weg von den gesetzlichen und vertraglichen Rechten der Braunkohlenarbeiter!

*

Wohlstand durch Überstunden

Eine der lästigsten Angewohnheiten der Arbeiter ist das Überstundenmachen. Gewiß sind sie nicht ganz zu vermeiden, wenn irgend eine Arbeit hängt oder eine Reparatur ausgeführt werden muß. Aber jene Sucht, ohne Rücksicht auf die Gesundheit und die Freizeit Überstunden zu machen, sollte, soweit nur irgend möglich, vermieden werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die größte Leistung der Gewerkschaften. Und die Arbeitszeitverkürzung hat der Ergiebigkeit im Produktionsprozeß keinen Abbruch getan. Die Unternehmer wehren sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und sehnen sich nach jenen Zeiten zurück, wo die Arbeiter in langer Fron an die Fabriken gefesselt waren und darüber hinaus noch Überstunden leisteten. Ein Berichterstatter des VZ hat kürzlich das Ruhrgebiet besucht und darüber geschrieben. In dem Bericht über die Kruppsche Fabrik in Essen befindet sich folgende charakteristische Stelle:

„Wenn die Tür eines Schmelzofens sich öffnet und man angeglüht wird von jener Hitze, die den Stahl schmilzt, begreift man nicht, wie Menschen es acht Stunden hier auszuhalten vermögen. Dennoch hat sich die Industrie auf das äußerste dagegen gewehrt, als wenigstens für diese Arbeiter der achtstündige Arbeitstag obligatorisch erklärt werden sollte. Mein freundlicher Führer erklärte neben den Soziallasten die Beschränkung der Arbeitszeit als den ärgsten Hemmschuh der industriellen Entwicklung und gleichzeitig als das größte Hindernis für den materiellen Aufstieg der Arbeiter. „Vergessen wir doch nicht," sagte er wörtlich, „daß der Wohlstand der Krupp-Arbeiter vor dem Kriege in den Überstunden erworben worden ist." Das würde bedeuten, daß selbst in den wirtschaftlich guten Vorkriegszeiten der Arbeiter bei gewöhnlicher Arbeitszeit nur den Daseinsmindestsatz hatte. Man kann dem herrschenden System der Verteilung von Arbeit und Ertrag kein schärferes Urteil sprechen."

Diesen Worten eines bürgerlichen Schriftstellers ist wenig hinzuzufügen. Selbst ihm gehen die Ansichten der Eisenkönige über die Hutschnur.

*

Die Arbeitslosigkeit geht wieder zurück

In der Zeit vom 15. bis 31. Januar ist die Zahl der Unterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, soweit die Männer in Frage kommen, gesunken, und zwar von rund 1 206 500 auf 1 155 500. Bei den weiblichen war allerdings eine Zunahme um 7000 von rund 170 500 auf 177 500 zu verzeichnen. Der Rückgang betrug bei den Männern 45 000 oder 3,8 vH, die Zunahme bei den Frauen 4,1 vH. Für die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ergibt sich eine Abnahme um 38 000 von 1 371 000 auf 1 333 000 oder um 2,8 vH. In der Krisenfürsorge ging die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger von 228 000 auf 215 000 oder um 5,9 vH zurück. Der Rückgang war hier bei den Frauen größer als bei den Männern. Betrug also die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen am 15. Januar 1 599 000, so war diese am 31. Januar auf 1 548 000 zurückgegangen. Der Rückgang betrug insgesamt 51 000 oder 3,3 vH.

Die Besserstellung des Arbeitsmarktes ist darauf zurückzuführen, daß die Außenberufe zum Teil wieder in Tätigkeit treten konnten. Da wir in Deutschland mit stark bezeichneten Saisongewerben zu rechnen haben, werden im Winter notwendigerweise Hunderttausende von Arbeitern beschäftigungslos. Es wird eine Aufgabe der Zukunft bleiben, diese jahreszeitliche Belastung des Arbeitsmarktes im Winter zu mildern. Denn auch für die beste Konjunktur ist es von Schaden, wenn in den Wintermonaten plötzlich die Kaufkraft von mehr als 1 Million Beschäftigter sich um den Unterschied von Lohn und Erwerbslosenunterstützung verringert. Es liegt auf der Hand, daß durch das Ausscheiden kaufkräftiger Kunden vor allem die Gewerbe betroffen werden, die Konsumtivmittel der Arbeiterschaft erzeugen. Diese ungünstige Wirkung kann von hier aus sehr leicht weitergehen und die gesamte Wirtschaftslage erschüttern.

*

Die tarifmäßigen Stundenlöhne

Das Statistische Reichsamt ermittelt laufend die tarifmäßigen Stundenlöhne für gelernte und ungelernte Arbeiter. Nach diesen Berechnungen ergab sich für das verflossene Jahr folgendes:

Monat und Jahr	Gelernte Arbeiter			Ungelernte Arbeiter		
	Alle erfaßten Gewerbe	Produktionsmittel-industrien	Verbrauchsgüter-industrien	Alle erfaßten Gewerbe	Produktionsmittel-industrien	Verbrauchsgüter-industrien
1927 1. Januar	94,9	97,3	81,6	66,7	66,3	70,1
1. April	98,3	100,6	85,4	79,0	69,5	73,3
1. Juli	100,7	103,4	85,9	72,7	72,7	73,7
1. Oktober	101,6	104,1	88,3	73,6	73,4	75,8
1928 1. Januar	102,8	105,2	89,7	74,7	74,5	76,9

Es ist also eine durchgehende Erhöhung der Stundenlöhne erfolgt. Bei den obigen Zahlen handelt es sich um gewogene Durchschnittslöhne für Vollarbeiter der höchsten tarifmäßigen Altersstufe einschließlich der sozialen Zulagen, soweit sie gezahlt wurden. Im Verkehrsgewerbe (Eisenbahn) stieg der durchschnittliche Stundenlohn für gelernte Arbeiter von 82,2 auf 90,8 ₰ und für ungelernte von 64,9 auf 73,2 ₰. Die Tätigkeit der Gewerkschaften wird in obigen Zahlen sichtbar.

*

Zwischenstaatliche Lohnregelung in der Diamantenindustrie. Die Gewerkschaft der holländischen Diamantenarbeiter war von jeher bestrebt, eine internationale Regelung ihrer Löhne zustande zu bringen. Die beiden Zentralen der Diamantenschleifindustrie befinden sich in Antwerpen (Belgien) und Amsterdam (Holland). Die großen Lohnunterschiede zuungunsten der belgischen Diamantenarbeiter haben die Konkurrenzverhältnisse der holländischen Diamantenschleifindustrie nachteilig beeinflußt, namentlich was die Bearbeitung geringwertigerer Steine, wo der Lohnanteil am Preis ein größerer ist, anbetrifft. Diese Lohnunterschiede werden zwar auch künftig nicht verschwinden, doch konnte eine Vereinbarung zur Milderung der Schwierigkeiten erreicht werden. Künftig sollen Lohnänderungen in Antwerpen nur gleichzeitig mit solchen in anderen Ländern erfolgen, keinesfalls dürfen aber die bestehenden Löhne verringert werden. Eine Lohnerhöhung von 5 vH wurde zugestanden, außerdem wurde eine Kasse geschaffen, die von Unternehmer- und Arbeiterseite mit wöchentlich je 5 Fr. gespeist wird und als Rücklage für Zeiten flauen Geschäftsganges dienen soll.

Abschluß der Elektrizitätskonzerne

Technische Kataloge statt Bilanzklarheit

Die beiden großen Elektrokonzerne, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und der Siemens-Konzern haben jetzt ihre Abschlüsse für das bei beiden Konzernen am 30. September 1927 abgelaufene Geschäftsjahr 1926/27 vorgelegt. Mit einer Fülle geschwätzig aufgezählter technischer Einzelheiten versuchen beide Konzerne in ihren Geschäftsberichten darüber hinwegzutäuschen, wie wenig Einblick in die Geschäftserträgnisse sie der Öffentlichkeit gewähren. Da erzählt der Bericht der AEG lang und breit, daß ihr u. a. in Verbindung mit dem Umbau der Staatsoper in Berlin der Auftrag auf die umfangreiche Bühnenbeleuchtungsanlage erteilt wurde, der Siemens-Bericht erzählt von kassensicheren Fahrkartendruckern, von der Länge der Fernsprechkabel und ähnlichen Dingen; bei der Erläuterung der Bilanzzahlen aber befleißigen sich beide Konzerne einer verdächtigen Kürze.

Diese Fülle technischer Einzelheiten, die besser einer Sonderveröffentlichung vorbehalten blieben, beleuchtet aber auch ohne Zahlenangaben über die Höhe des Umsatzes die glänzende Lage der Elektroindustrie. Das Jahr 1926/27 war für sie ein Rekordjahr. Die Umsätze haben sich sowohl bei der AEG, dem Starkstromkonzern, als auch bei Siemens, dem Schwachstromkonzern, ganz beträchtlich gehoben. Bei beiden wurden starke innere Rückstellungen vorgenommen, die offenen Reserven beträchtlich verstärkt. Beide Gesellschaften verfügen über einen hohen Auftragsbestand, besitzen riesige Bankguthaben und sonstige leicht verfügbare Mittel, die beispielsweise bei Siemens & Halske allein höher sind als das Aktienkapital.

Der Siemens-Konzern (Siemens & Halske AG., Siemens-Schuckertwerke AG. und Siemens-Bauunion GmbH Kom.-Ges.) beschäftigt 110 000 Leute, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 85 000 Arbeiter und Angestellte, womit die Belegschaftszahlen der Vorkriegszeit überschritten sind. Beide Konzerne sind außerdem an zahlreichen Gesellschaften, zum Teil gemeinsam beteiligt — was den über kurz oder lang kommenden Zusammenschluß zum Elektrotrust erleichtern wird — so bei der Bergmann Elektrizitäts-AG. zu je einem Drittel, bei der Osram GmbH besitzt der Siemens-Konzern 40 vH des Kapitals, die AEG eine etwa gleich hohe Beteiligung. Rechnet man den entsprechenden Anteil der Belegschaftszahlen hinzu, so ergibt sich gering gerechnet eine Zahl von 250 000 Leuten bei den in Rede stehenden beiden Konzernen.

Über die Höhe der Lohnsummen finden wir in den Bilanzen selbstverständlich keine Angaben, dort wird der Rohgewinn nach Abzug aller Handlungsunkosten, Steuern usw. ausgewiesen, aber außerhalb der Bilanz erzählt der Siemens-Bericht, daß von der Siemens & Halske AG, den Siemens-Schuckertwerken und der Siemens Bauunion im abgelaufenen Jahre 182 Millionen Mark als Gehalt und Lohn an die in den deutschen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten gezahlt wurden. In dieser Gesamtlohnsumme sind mindestens 32 000 000 ℳ für Gehälter höherer Angestellten und Direktoren enthalten, nicht ganz 10 vH der Belegschaft sind im Ausland beschäftigt. Es bleiben also 100 000 Siemens-Arbeiter und Angestellte in Deutschland, auf die somit ein Durchschnittseinkommen von 1500 ℳ jährlich oder — wenn wir die angegebene Gesamtlohnsumme in voller Höhe in Betracht ziehen — 1820 ℳ jährlich, das sind 30 bis 36 ℳ wöchentlich entfallen. Die 12 schwerreichen Aufsichtsräte der Siemens & Halske AG. allein aber bekommen in diesem Jahre als Nebeneinkommen für die Teilnahme an einigen Sitzungen je 25 000 ℳ, das sind fast 2000 ℳ im Monat, also rund 20mal mehr als das Einkommen des Durchschnittsarbeiters beträgt. Uns sind Fälle bekannt, wo Aufsichtsratsmitglieder sich nicht einmal die Mühe machen, auch nur an einer dieser alles andere als anstrengenden Sitzungen teilzunehmen, sich aber dennoch nicht scheuen, am Ende des Jahres die genannten Riesensummen einzusacken, nur weil sie mit ihrem erlauchten Namen auf der Liste der Aufsichtsräte paradieren. Diese Glücklichen bekamen im Vorjahre nur je 25 000 ℳ, haben also im letzten Jahre außer ihren sonstigen Einkünften eine Aufbesserung ihrer Nebenbezüge um rund 10 000 ℳ je Nase bekommen, das ist eine Steigerung um einen Betrag, mit dem nach den eigenen Zahlenangaben des Siemens-Konzerns 6 Arbeiterfamilien ein ganzes Jahr lang auskommen müssen.

Aber Löhne von 30 bis 36 ℳ wöchentlich sind dem Siemens-Konzern noch bei weitem zu hoch. Diese Löhne haben angeblich die Absicht verhindert, „die Vorteile, welche die weitere Auswirkung unserer Rationalisierungsarbeiten brachte, zu Preisherabsetzungen zu verwenden". Diese Vorteile wurden angeblich durch Erhöhungen der Herstellungskosten aufgewogen, so daß auf manchen Gebieten Preiserhöhungen eintreten mußten. — Der Siemens-Bericht behauptet weiter, daß der Stundenverdienst der Arbeiter in den berliner Betrieben von Siemens & Halske und Siemens-Schuckert, wo etwa 85 vH der Belegschaft beschäftigt sind, im Durchschnitt der letzten drei Kalenderjahre bei den Männern um 10 vH, bei den Frauen um 12 vH jährlich gestiegen sei. (Daß allein der unzulängliche Reichsindex der Lebenshaltungskosten in demselben Zeitraum um 30 Punkte gestiegen ist, wird natürlich verschwiegen.) Doch hören wir weiter: „Für das Jahr 1927 allein ergab sich eine Steigerung von 12 vH bei den Männern und von 10 vH bei den Frauen." Hier kann jeder einzelne sich selbst von der „Wahrheit" dieser Behauptung überzeugen, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß allein im Jahre 1927 der Reichsindex um 7 Punkte gestiegen ist. Nun aber kommt das schönste: „In den letzten Jahren vor dem Kriege, von Anfang 1908 bis zum Kriegsbeginn, Mitte 1914, also in einer Zeit des stärksten Aufblühens der deutschen Wirtschaft, aber sind dagegen die Löhne nur um im ganzen 11 vH gestiegen." Mit solcher Weisheit uns hier auseinanderzusetzen, würde zu weit führen. Die Schlußfolgerung lautet dann: „Da die direkten und indirekten Personalausgaben der ausschlaggebende Teil der Produktionskosten sind (das Gegenteil ist längst bewiesen), konnten Verteuerungen vieler Waren nicht ausbleiben." — Der Bericht der AEG dagegen spricht offen aus, daß „durch technische Vervollkommnung der Betriebseinrichtungen, durch Typisierung und Konstruktionsverbesserungen sowie durch Ausgestaltung der Organisation in nennenswertem Umfange unproduktive Kosten erspart und das umlaufende Kapital verringert werden konnte."

Nun zu den Zahlen der Bilanzen selbst, wegen deren Undurchsichtigkeit in den von beiden Verwaltungen veranstalteten Pressebesprechungen Auseinandersetzungen stattfanden, deren Ergebnis aber zeigt, daß die Finanzgewaltigen der Elektrokonzerne glauben, sich gegenüber der Öffentlichkeit alles erlauben zu können. Herr Geheimrat Deutsch, der Generaldirektor der AEG, der wiederholt als Ergebnis seiner Amerikareisen auch über die in Amerika übliche weitgehende Offenlegung der Geschäftserträgnisse, Umsatzziffern usw. lobend sprach, denkt gar nicht daran, die entsprechende Nutzanwendung für seine eigenen Betriebe zu ziehen. Man fürchtet die Begehrlichkeit der Aktionäre, der Arbeiter und Angestellten, den Zugriff der Steuerbehörden. Als aber der Siemens-Konzern vor zwei Jahren eine Dollaranleihe aufnahm, mußte er den amerikanischen Bankiers die Umsatzziffern für die Siemens & Halske AG. und die Siemens-Schuckertwerke angeben, die für 1925 zusammen 134,7 Millionen Dollar, das sind rund 570 Millionen Mark betragen haben. Wir dürfen daher beim Siemens-Konzern den Umsatz für 1926/27 auf 600 Millionen Mark schätzen, der Jahresbericht spricht nur von sehr gestiegenen Umsätzen und von einem am Schlusse des abgelaufenen Geschäftsjahres vorhandenen unerledigten Auftragsbestand, der bei den Siemens-Schuckertwerken um 67 vH höher ist als im Vorjahre. Für die anderen Werke des Siemens-Konzerns wird eine Angabe nicht gemacht. Die AEG berichtet, daß der Auftragsbestand in Dampfturbinen, in Turbogeneratoren und anderen Fabrikaten der Turbinenfabrik sich gegenüber dem Stande am Schlusse des Vorjahres nahezu verdoppelt habe und erklärt im übrigen, daß der gesamte Auftragsbestand am Schluß des Geschäftsjahres den des Vorjahres um 70 vH überschreitet.

Direktor Haller vom Siemens-Konzern leistete sich in der von ihm veranstalteten Pressebesprechung auf die Frage, warum der Rohgewinn nicht geteilt ausgewiesen werde, die bezeichnende Antwort, die Endsumme werde doch dieselbe bleiben. Die ernste Handelspresse weist mit berechtigter Entrüstung diese Verhöhnung zurück, bezeichnet die Geschäftsberichte als „Kataloge technischer Neuheiten" und die Ausführungen der Finanzgewaltigen in den Pressebesprechungen als leere Redensarten. Die Elektr.-Gesellschaft verteilte 8 vH, die Siemens & Halske AG. 12 vH und die Siemens-Schuckertwerke 9 vH Dividende. Schon die Ungleichheit der Dividendenausschüttung, der verschieden hohe Abstand zwischen Rohgewinn und Reingewinn zeigt die Willkür, mit der gegenüber den Aktionären verfahren wird. Beim Siemens-Konzern steht, um nur noch ein Beispiel zu erwähnen, die gesamte maschinelle Einrichtung mit 1 ℳ — eine Reichsmark — zu Buch, gegenüber 22,8 Millionen Mark bei der AEG.

Über die von der Handelspresse vertretenen Wünsche der Aktionäre setzen sich die Konzerngewaltigen kaltlächelnd hinweg. Haben die Verwaltungen doch in den Generalversammlungen durch Mehrstimmenaktien und dergleichen die Aktienmehrheit in der Hand, so daß der kleine Aktionär sich ihrem Diktat beugen muß. Die Gewerkschaften aber werden sich mit allen Mitteln für Bilanzklarheit und Bilanzwahrheit einsetzen müssen, denn den Arbeitern wird mit Hilfe der frisierten Bilanzen der angemessene Lohn vorenthalten.

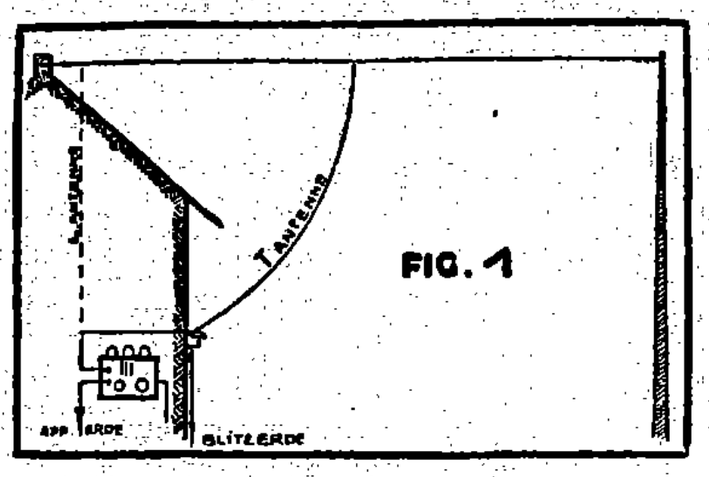
Julius Fries.

Technik und Werkstatt

Antennenbau

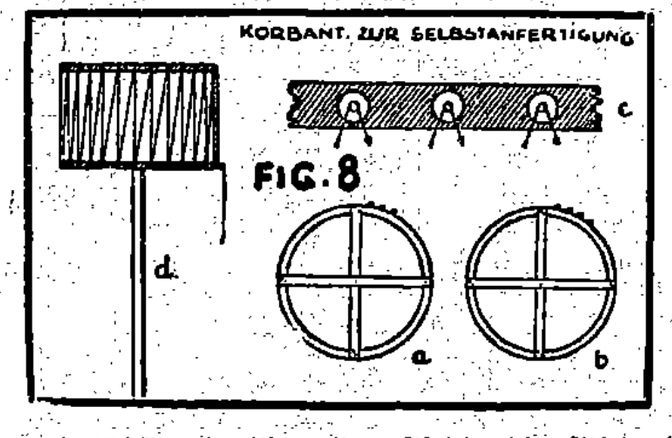
Die immer häufiger kommenden Anfragen lassen es angebracht erscheinen, einmal ausführlich den Bau und die Einrichtung von Antennen zu schildern. Zunächst kommt wohl die Hoch- oder Freiantenne in Frage. Sie hat ihren Namen von der Art ihrer Anbringung erhalten, ist also stets im Freien und hoch aufgehängt, etwa an Schornsteinen, Fahnenstangen, Eisenmasten, an der Mauer usw. In den meisten Fällen stehen dem Bastler wohl zwei Festpunkte zur Verfügung. Hat der Bastler die Örtlichkeit genau untersucht, so tritt die Frage: Eindraht- oder Doppeldrahtantenne? an ihn heran. Bei den modernen Schaltungen, die übereinstimmend aperiodische Koppelung aufweisen, hat sich eine kurze Eindrahtantenne mit Mittelanzapfung am besten bewährt. Dabei ist zu beachten, daß die Gesamtlänge einer Antenne bis zur Einführung in den Apparat gilt. Die sogenannten Ortsempfänger, wie Areolette, Löwe, Schneider-Opel, Blaupunkt usw., kommen durchweg mit einer Gesamtlänge von 30 bis 35 Metern aus. Aber auch hochwertige Neutrodyn-Geräte leisten an solchen kurzen Antennen Hervorragendes.

Bild 1 zeigt eine solche Antenne. Als Stützpunkt haben wir einen Schornstein oder einen Holzmast angenommen. Wir sehen beiderseits die Eierketten, dazwischen ausgespannt den Luftdraht, in der Mitte



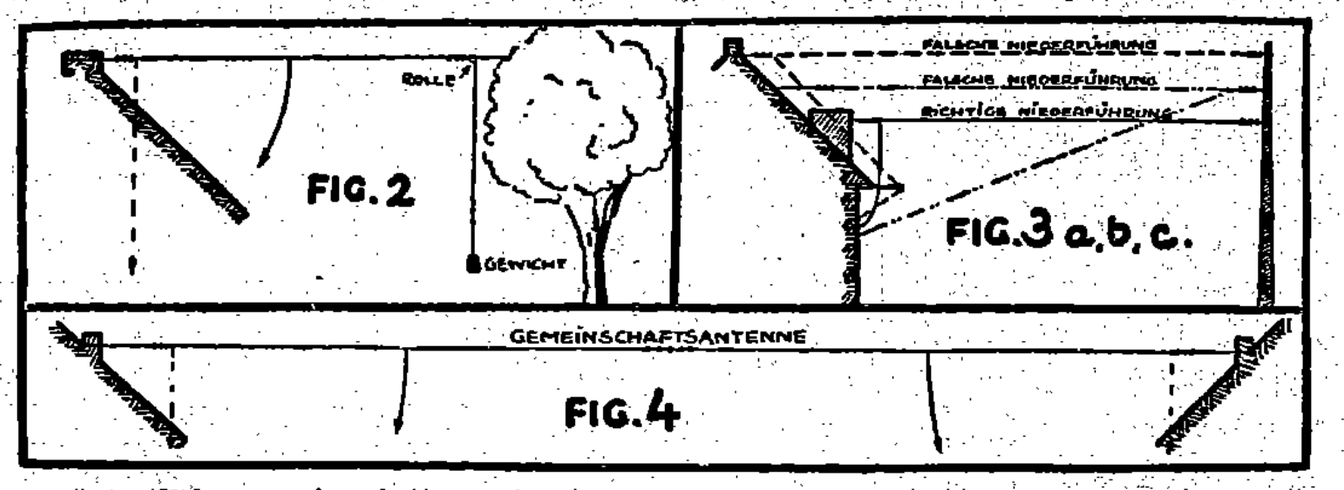
die Niederführung, die nach einem automatischen Blitzschalter führt. Dieser automatische Schalter, bei dem eine Hebelbetätigung mit der Hand nicht mehr in Frage kommt, setzt sich mehr und mehr durch. Man sieht, daß die Niederführung durch die Blitzpatrone sofort zum Apparat geht, während unten an der Patrone die Blitzerde abgeht. Für Blitzerde und Apparaterde sind zwei getrennte Erdleitungen erforderlich, weil bei einem gemeinsamen Erdleiter der Apparat nicht gegen die statischen Entladungen der Antennenerde geschützt ist. Da man meist die Apparaterde an die Wasserleitung legt, geht man mit der Blitzerde gern an die Regenrinne, sofern sie an die Kanalisation angeschlossen ist. Andernfalls stellt man sich durch Vergraben eines mit Wasser gefüllten Eisenrohrs selbst eine Verbindung her. Eine Eindrahtantenne läßt sich überall anwenden. Auf dem Lande kann man sich einen Holzmast setzen oder einen Baum benutzen.

Alles dies gilt in gleichem Maße für die Doppelantenne, deren Anfertigung Bild 5 zeigt. Die Spreizen oder Raaen sollen eine Spannweite von mindestens 1 Meter besitzen. Die Niederführung kann man einige Meter unterhalb der Antenne zusammenschalten. Die gestrichelten Linien bedeuten auch hier wieder die Form der L-Antenne. Zu den Mehrfach-Antennen gehören auch die Dreidraht-, Kreuz- und Reusen-Antennen. Bei der Dreidraht-Antenne ist in einer Doppelantenne noch ein dritter Draht in genügendem Abstande angebracht (Bild 5). Der Abstand von Draht zu Draht soll mindestens 75 Zentimeter betragen. Bei der Kreuz-Antenne bilden die Endstücke ein Lattenkreuz, an dessen Enden die Eierketten der Drähte sitzen (Bild 6). Bei der Reuse sind die Enden Eisenringe, an denen die einzelnen Drähte nicht isoliert sind, sondern die ganze Reuse sitzt in Isolierketten (Bild 7). In der Praxis bewährt sind ein Durchmesser der Ringe von 40 bis 60 Zentimeter (Kinderreifen), eine Anzahl von 12 Drähten, eine



Länge von 15 Meter zwischen den Ringen, ein Abspanndreieck von 1 Meter, so daß die ganze Antenne mit Eierketten ungefähr 18 Meter lang wird. Steht so viel Raum nicht zur Verfügung, dann kann man die Länge auch ruhig bis auf 12 Meter beschränken.

Erwähnenswert sind hier noch die Korb-Antennen (Bild 8), besonders beim Gebrauch in der Stadt, wo geeignete Ausdehnungsmöglichkeiten nicht immer zur Verfügung stehen. Der Korb besteht im wesentlichen aus einer runden Eisenkonstruktion, die stark verzinkt ist. In diesen Zylinder ist der Kupferdraht im Zickzack angebracht, so daß ungefähr 50 Meter Draht auf den Korb gehen. Beim Zusammenbau wird eine 4 Meter lange Holzstange mit einem Durchmesser von 50 Millimeter als Mast gewählt. Der Reifen mit der großen Bohrung wird über den Mast geschoben und auf eine Entfernung von 70 Zentimeter vom oberen Ende von zwei durch die Stange getriebenen langen Nägeln festgehalten. Dann wird der andere Reifen mit zwei starken Holzschrauben auf das Ende der Stange geschraubt. Es ist aber darauf zu achten, daß die Isolierrollen auf Lücken sitzen, damit eine Zickzackwindung herauskommt. Hat man den Korb zusammengeschraubt, so kann mit der Wicklung des Drahtes begonnen werden. Die hier beschriebene Korbantenne



Dabei muß man mit der Abspannung so weit hinausgehen, daß die Antenne frei von den Blättern bleibt, weil sonst bei Regenwetter die ganze Anlage kurzgeschlossen und dadurch der Empfang unterbrochen wäre. Zweckmäßig verwendet man in diesem Falle eine Rolle mit Gewicht, damit die Antenne immer durchgeholt ist. Geht nämlich der Baum hin und her, so gibt die Rolle nach und die Antenne hat immer den gleichen Durchhang und reißt nicht. Als Gewicht kann man einen nicht zu schweren Pflasterstein mit gutem Erfolge verwenden (Bild 2). Bei zwei Bäumen als Festpunkten gilt das gleiche.

In allen Fällen, in denen die T-Antenne angeführt ist, kann man mit gleichem Erfolge auch die L-Antenne verwenden, nur muß man sich hüten, scharfe Winkel in die Niederführung zu bringen.

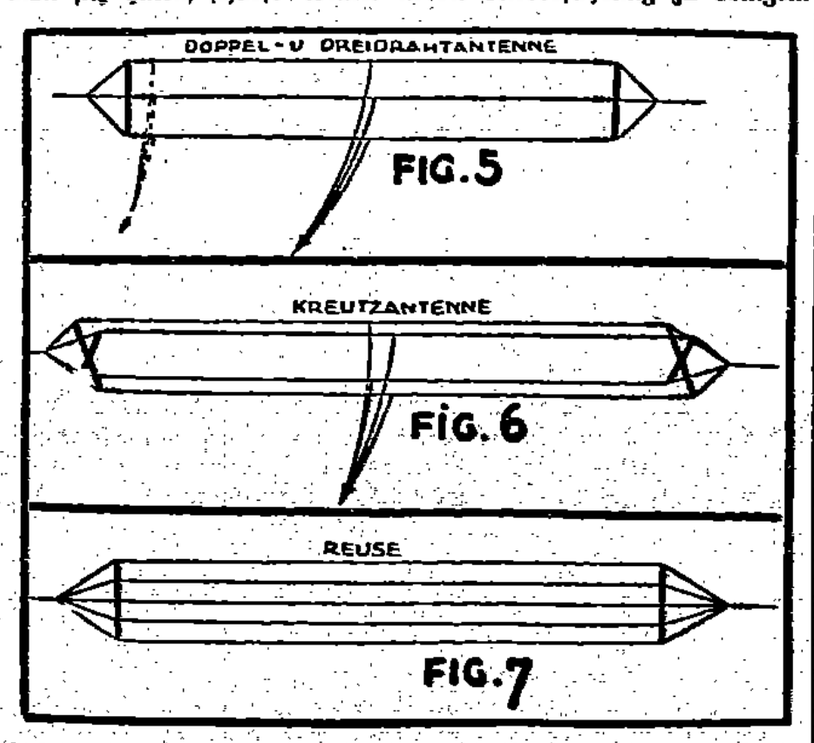


Bild 3 a zeigt die richtige Anordnung der Niederführung. Der Draht bildet dabei einen kleinen Wassersack. Bild 3 b zeigt durch Anbringung der Stützstange mit Isolator eine scharfe Doppelwinkelanordnung, die stark dämpfend wirkt. Im Falle von Bild 3 c würde sich eine Mittelanzapfung glänzend bewährt haben. Bild 4 endlich zeigt die Anordnung einer Doppelantenne, bei der zwei Nachbarn eine gemeinsame Antenne spannen, deren Abzweigungen in der Mitte durch möglichst zwei Eierketten getrennt sind. Die Niederführung geschieht dann von der Mitte aus nach beiden Seiten. Die gestrichelten Linien deuten die Niederführung bei der L-Antenne an.

hat sich in der Praxis glänzend bewährt und erfordert nur geringe Kosten. Der Zusammenbau setzt freilich einige Handfertigkeit voraus. Diese Antenne ist auch eine lohnende Bauaufgabe für die örtlichen Bastelgruppen des Arbeiter-Radio-Bundes. Schließlich sei an dieser Stelle noch die neue Stern-Antenne genannt, bei der die äußere Form einen Stern darstellt und die Bespannung nicht aus Draht, sondern aus einem starken Geflecht besteht. Die Wirkung soll die der Korb-Antenne noch übertreffen. Ein endgültiges Urteil läßt sich darüber allerdings noch nicht abgeben, weil die Erfahrungen noch nicht genügend bestätigt sind. Alle hier angeführten Antennen-Formen lassen sich ohne weiteres auch für Detektor-Apparate verwenden. Je länger der Draht, um so besser, doch sollte eine Gesamtdrahtlänge von 70 Meter im allgemeinen nicht überschritten werden.

Eine Million Volt

Den Anziehungspunkt der Werkstoffschau in Berlin bildete ein elektrisches Prüffeld von 1 Million Volt Spannung. Das Prüffeld, das ständig von einer Zuschauermenge umlagert war, enthielt alle zur Hochspannung erforderlichen Einrichtungen, als da sind Transformatoren, Umformer usw. Die gesamte Anlage war dazu bestimmt, einmal die Höchstspannung von 1 Million Volt an den vorhandenen Meßfunkenstrecken zu zeigen und zum andern Hochspannungsisolatoren, die in Form langer Isolatorenreihen von den Decken an dünnen Seilen hingen, auf ihre Geeignetheit und auf etwaige Fehler zu prüfen. Der ganze Eindruck, den das elektrische Prüffeld für 1 Million Volt Spannung machte, grenzte ans Phantastische. Die Schaltung der einzelnen Apparate erfolgte von einer erhöhten Stelle aus, die mit einer Schalttafel ausgestattet war und zu der die Schalteinrichtungen sowie die Meßapparate zur Überwachung der ganzen Anlage zusammenliefen. Unter der Schaltbrücke befand sich die Umformermaschine, die von einem Elektromotor ihren Antrieb erhielt und die dazu dient, den von dem Elektrizitätswerk gelieferten Strom zwischen 0 und 500 Volt Spannung zu regulieren. Am Fuße der Schaltbühne standen zwei gewaltige Hochspannungstransformatoren, keine gewöhnlicher Art, sondern befähigt, den erzeugten Wechselstrom von 500 Volt zu vertausendfachen. 500 Volt Stromspannung wurden in die Transformatoren geleitet und 500 mal 1000 Volt = 500 000 Volt wurden aus beiden Transformatoren entnommen. Bei diesem Heraustransformieren des Stromes verliert er allerdings erheblich an Stärke, dafür ist er aber um so höher gespannt, welche Spannung ihn befähigt, gewaltige Widerstände zu überwinden, beträchtliche Luftwege zu überbrücken. Hierin liegt auch die Schwierigkeit, einen sehr hochgespannten Strom in Leitungen zu führen. Es müssen besondere Einrichtungen getroffen werden, daß der Strom auf die Leitungen isoliert bleibt und nicht abwandert. Neben den beiden Transformatoren, die zusammengeschaltet waren, war im Hint[illegible]nde ein noch größerer Transformator aufgebaut, der allein d[illegible] heure Spannung von 500 000 Volt liefern konnte. Auch no[illegible]ere Transformatoren für 100 000 Volt Spannung enthielt das Prüffeld. Alle Transformatoren waren kenntlich durch blank polierte Kupferkugeln, die fachtechnisch als Klemmen bezeichnet werden und aus denen die Spannung entnommen wird. Zur Errechnung der von den Transformatoren abgegebenen Hochspannungen befanden sich neben diesen galgenförmige Gerüste aufgestellt, die zwei sich gegenüberstehende Kupferkugeln trugen, welche Kugeln von der Schaltbühne aus gegeneinander bewegt werden konnten. Die Entfernung der beiden Kugeln war von einer uhrenförmigen Skalenscheibe am Fuße der Gerüste ablesbar. Der hochgespannte Strom sprang nun von der einen Kupferkugel zur andern hinüber und erzeugte dabei einen bläulichen, laut krachenden Lichtbogen, dessen Länge die Größe der Spannung bestimmte.

Neben der Schaltbühne war ein weiteres Gerüst aufgestellt, das zahlreiche Kondensatoren enthielt. Diese Kondensatoren sind Apparate, die die elektrische Energie aufspeichern und sammeln. Sie sind einzeln durch mit Wasser gefüllte Glasröhren, der Widerstände, verbunden. Neben dem Gerüst der Kondensatoren waren Gleichrichter angeordnet, die den hochgespannten Wechselstrom in Gleichstrom umzuwandeln hatten. Diese Gleichrichtung war deshalb notwendig, um auch Versuche mit hochgespanntem Gleichstrom vorführen zu können. Die vorerwähnten Isolatorenketten standen mit den Transformatoren und Kondensatoren in Verbindung.

Die praktische Vorführung der verschiedenen Lichtbogen, die ja bekanntlich zur Feststellung der aufgebrachten Spannungen dienten und die schon ein einzigartiges Bild ergaben, wurde weit in den Schatten gestellt bei der Prüfung der Isolatorenketten auf Isolationswiderstand und -Festigkeit. Der hochgespannte Strom von 1 Million Volt, der zur Prüfung der Isolatorenpyramiden eingeschaltet wurde, rief ein künstliches Gewitter, ein Prasseln und Knistern hervor, das sich in Form langer, starker Lichtbüschel um die Isolatoren verbreitete. Sowie sich Fehler an den Isolatoren bei diesen Gewaltsproben bemerkbar machten, registrierten sich diese an den vorhandenen Meßinstrumenten. Die Spannung mußte dann sogleich verringert werden, damit kein gefährliches Abwandern der hochgespannten Ströme eintreten konnte.

Neben der Schaltbühne war eine gewaltige hydraulische Presse vorhanden, die Drücke bis zu 500 000 Kilogramm erzeugen konnte. Auf dieser Presse wurden die einzelnen Glieder einer Isolatorenkette auf mechanische Festigkeit hin geprüft. Die einzelnen Isolatoren wurden zusammengepreßt und gedrückt, bis sie zersprangen, in Atome zerschellten. Der dabei aufgewendete Druck wurde von einem Meßinstrument abgelesen.

1 Million Volt Spannung! Wer hätte das vor wenigen Jahren noch für möglich gehalten! Rastlos schreitet die Technik vorwärts, unermüdlich zwingt der Mensch Gewalten in seinen Bann, macht sie seiner Arbeit dienstbar und nutzbar.

•

Elektrische Abhöreinrichtungen

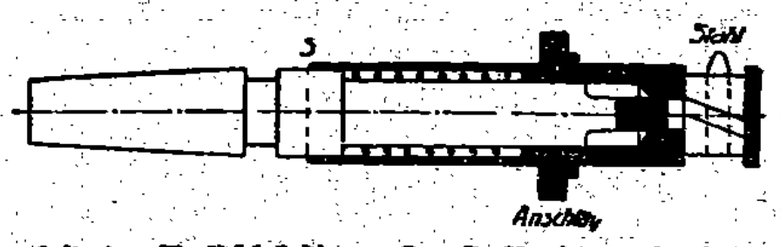
Das Mikrophon ist wohl eines der empfindlichsten Instrumente, die wir kennen; es ermöglicht, allerfeinste Geräusche aufzunehmen und sie in einem an die Leitung angeschlossenen Telephon — unter gewissen Umständen sogar verstärkt — wiederzugeben. Man hat vereinzelt solche hochempfindliche Mikrophone, sogenannte Lauschmikrophone, im Zimmer unauffällig hinter Bildern angeordnet und an eine Haustelephonleitung angeschlossen, wodurch in einem entfernt gelegenen Zimmer alles mitgehört werden konnte, was in dem andern Raum gesprochen wurde. In der neueren Zeit stellt eine elektrotechnische Großfirma fabrikmäßig solche Einrichtungen her, die den Zweck haben, auf größere Entfernung abzuhören, ob zum Beispiel Unbefugte nachts in einen Laden eingedrungen sind, ob aufgestellte Maschinen ruhig laufen, was in einem Zimmer verhandelt wird usw. Der Leiter einer großen Schule schuf sich durch eine derartige Einrichtung die Möglichkeit, in seinem Zimmer den Unterricht der verschiedenen Klassen zu überwachen. Er spart dadurch Mühe und bekommt einen besseren Einblick in den Unterricht als beim persönlichen Besuch der Klasse. In einer Fuchsfarm hat man Mikrophone mit Abhöranlage angebracht, um das Winseln der jungenden Füchse von einer Zentralstelle aus hören und rechtzeitig Hilfe leisten zu können, wodurch die sonst häufig eintretenden Verluste unter den wertvollen Tieren vermindert werden. Eine sehr nützliche Einrichtung für den Arzt, der nachts gerufen werden kann, ist die Vereinigung von Lautsprecher und Mikrophon, die beide unten am Hause neben der Nachtglocke in einer mit gelochtem Blech abgedeckten Mauerausparung untergebracht sind. Ertönt die Nachtglocke, so bittet er den Untenstehenden, seine Wünsche gegen das Blech zu sprechen. Der Arzt kann dann auch Rückfragen stellen und die nötigen Vorbereitungen treffen, ohne sich erst ankleiden und die Tür öffnen zu müssen.

•

Werkzeug zum Einstechen von Ringnuten?

Das in der Abbildung dargestellte Werkzeug dient dazu, Ringnuten in zylindrische Bohrungen einzustechen. Es kann in Bohrmaschinen, Drehbänke und Automaten eingespannt werden; dazu dient der links sichtbare konische Zapfen. Der Stahl sitzt auf dem Ansatz eines Hohlzylinders und ist senkrecht zur Achse beweglich, das heißt er kann auf die Nuttiefe allmählich eingestellt werden, und zwar mittels des selbsttätigen Vorschubs.

Das Werkzeug wird folgendermaßen gehandhabt: Man setzt einen ringförmigen Anschlag so auf das Werkzeug, daß der Abstand des Stahls vom Anschlag die Lage des Ringnuts in dem zu



bearbeitenden Werkstück bestimmt. Der Stahl wird so eingespannt, daß er beim Einführen des Werkzeuges die Wand der Bohrung nicht berührt. Das Werkstück geht unter dem Einfluß des selbsttätigen Vorschubs soweit vor, bis es gegen den Anschlag stößt. Dann aber drückt es den Hohlzylinder gegen die innen angebrachte Spiralfeder zurück. Dabei schiebt ein gabelförmiger Ansatz den Stahl gegen die Wand der Bohrung vor, bis die gewünschte Nuttiefe erreicht ist. Diese Nuttiefe kann man bei S in Millimetern ablesen. Zieht man nach Fertigstellung des Nuts das Werkzeug zurück, so wird selbsttätig zuerst der Stahl eingezogen und dann erst erfolgt die Rückwärtsbewegung aus der Bohrung. Dr. H. S.

•

Wie prüft man rostfreie Stähle?

Daß rostfreie Stähle auch manchmal versagen, wird der eine oder andere unserer Leser bereits zu seinem Leidwesen erfahren haben. Da gibt es nun ein sehr einfaches Verfahren, wenn man sich von der Rostfreiheit des Stahls überzeugen will: man löst Kupfervitriol in Wasser auf (300 Gramm auf ein Liter) und legt die Stahlstücke auf eine Stunde hinein. Guter, rostfreier Stahl bleibt vollständig blank. Auf allen Fehlerstellen aber schlägt sich eine feine Schicht Kupfer nieder, die man leicht an der Farbe erkennt. An diesen Stellen beginnt das Rosten des Stahls und man wird Stähle mit solchen Fehlern nach Möglichkeit zurückgeben.

Familie und Heim

Die Magd

Von Rudi Eims

Nur wenige Reisende warten auf dem schlechtbeleuchteten Bahnsteig der kleinen Station B... Aus der Ferne kommt immer stärker das Rollen des Nachtzuges. Jetzt — wie die flammenden Augen eines Tigers springen die Lichter der Lokomotive aus dem Dunkel. Noch einige Sekunden — dann zerfetzen schrille Pfiffe die Stille, die wie eine Decke über der nächtlichen Natur liegt, und das funkenstiebende und fauchende schwarze Ungeheuer braust heran.

Der Zug hält, Türen werden aufgerissen, aber in dem gottvergessenen kleinen Nest will niemand aussteigen. Der Stationsvorsteher macht sich schon an seiner Laterne zu schaffen, um das Zeichen zur Abfahrt zu geben. In diesem Augenblick hastet noch ein junges Weib mit einem kleinen Reisekorb durch die Sperre. Wirr hängt ihr blondes Haar um das sonnverbrannte, vom raschen Lauf erhitzte Gesicht. Ein Bahnbeamter reißt ihr das nächste Abteil auf, brummt etwas von „nicht im letzten Moment kommen" und wirft die Tür hinter ihr zu. Langsam setzt sich der Zug in Bewegung.

Zwei harte, verarbeitete Frauenhände pressen sich gegen die kühle Scheibe des Wagenfensters. Telegraphenstangen, Bahndämme, Bäume und Sträucher rücken in den Lichtkegel des fahrenden Zuges und die Augen des jungen Weibes scheinen sich an dieser gespenstischen, nächtlichen Szenerie festsaugen zu wollen. Als die erleuchteten Fenster einiger Gehöfte auftauchen, setzt sie sich stöhnend nieder. Jetzt erst bemerkt sie, daß sie allein ist und „Gott sei Dank" huscht es über ihre vollen Lippen. Die breiten Hände mit den starken Fingern streichen den dicken, faltigen Tuchrock glatt. Dann lehnt sie sich zurück und starrt in den Schoß.

Trüb flackert das Wagenlicht und hängt dämmerige Schatten in die Ecken des Abteils. Eintönig rollen die Wagen auf den Gleisen... Grausame, quälende Monotonie, die eine Ruhe schenkt, die zum Nachdenken zwingt. Vor zwei Jahren war sie bei dem Großbauer Adam in Dienst getreten. Eine fleißige, fromme Magd hatte er gesucht. Sie war beides. Fleißig — davon sprachen ihre schwieligen Hände... Vom frühen Morgen bis zum späten Abend stand sie im Stall und auf den Feldern. Es fiel ihr nicht schwer. Im Waisenhaus hatte man arbeiten gelernt und ihr kräftiger, gesunder Körper trotzte allen Strapazen. Auch an ihrer Frömmigkeit war nicht zu zweifeln. Sie glaubte an den Herrgott, ging Sonntags in die Kirche und kein Bursche im Dorf konnte ihr etwas Schlechtes nachsagen. Ja, sie war eine fleißige, fromme Magd gewesen. Trotzdem wurde sie manchmal von dem Bauer gescholten. Aber welcher Bauer schilt nicht? Sie hatte sich nie darüber Gedanken gemacht. Es war wohl so von Gott gewollt, daß man sich für wenig Lohn schinden und noch harte Worte einstecken mußte.

Im Gleichmaß der bäuerlichen Arbeit verlief ihr Leben. Es wurde anders, als des Großbauern Sohn Paul von der landwirtschaftlichen Schule heimkam. Sie glaubte ihm, als er ihr von Liebe sprach. Kirchweih... Sie tanzten zusammen... Küßten sich in dem dunklen Obstgarten... „Maria", bettelte er immer wieder. Das Blut, das sonst schlief, erwachte... Und dann? Nicht daran denken... Sie schlug die Hände vors Gesicht. Und doch sah sie im Geiste die einfache, kalkgetünchte Kammer und dachte an jene Nacht. Warum war sie nicht fest geblieben? Alle frommen Bibelsprüche, alle Ermahnungen des Pfarrers waren wie Spreu im Winde zerflattert. Stärker als alle auswendig gelernten Glaubenssätze blieb das heiße Blut.

Bald fühlte sie sich Mutter und mußte es Paul gestehen.

„Bist du verrückt?", brauste er auf. „Welche Borniertheit... Ihr Bauernmädels seid doch dumm, wie das Stroh..."

Sie wollte ihn besänftigen. Doch kalt und abweisend erklärte er: „Laß mich in Ruh... Ich werde gelegentlich mit meinem Vater sprechen..."

Heute abend hatten sie sich „ausgesprochen". Der Großbauer tobte und wütete. Paul schwieg zu allem. Nicht ein Wort fand er zu ihrer Verteidigung. Auch dann nicht, als sein Vater blutrot vor Zorn schrie: „Lumpendirne... Du träumst wohl davon, Bäuerin zu werden... Willst meinem Sohn den Bankert aufhängen... Schande über uns bringen... Keine Nacht dulde ich dich mehr unter meinem Dach!"

Sie wollte etwas entgegnen, aber die Worte erstarben auf den Lippen. Ruhig nahm sie die Papiere und den Lohn. Doch ehe sie die Stube verließ, trat sie an Paul heran und spie vor ihm aus... Eine Stunde später warf sie die Hoftüre hinter sich zu und machte sich auf den Weg nach dem stundenweit entfernten Bahnhof.

Und nun? Sie schob sich und wischte mit dem Taschentuch über das beschlagene Wagenfenster. Dort lag die Großstadt und malte rotleuchtende Farben an den Nachthimmel. Dort konnte man, von niemand gekannt, die Schande leichter ertragen. Ihre Hände glitten über den Leib, in dem ein junges Leben wuchs. Und die Angst vor der Zukunft kroch in ihr hinauf.

*

Maria fand Arbeit in einer Metallwarenfabrik. Es fiel ihr nicht leicht, sich einzuleben. Wie ein fremdes Tier erschien ihr die gewaltige Stadt. Oft sehnte sie sich nach dem Erdgeruch der Felder, nach der warmen Luft des Kuhstalls, nach den gackernden Hühnern und schnatternden Enten... Der Zwang des Geldverdienens tötete mit der Zeit auch diese Gefühle.

Tag für Tag schritt sie in das graue Gemäuer der Fabrik. Acht Stunden schaffte sie an ihrer Stanze. Akkord — sie durfte nicht aufblicken von der Arbeit, wenn sie mit den Kolleginnen mitkommen wollte, deren Hände flinker arbeiteten. Ihre waren hart, schwielig und ungelenk.

Seit Wochen schon ging sie nicht mehr zur Kirche. Sie mußte sich am Sonntag ausruhen, denn die Frucht in ihrem Leibe wuchs. Über die Versammlungen der Arbeiterschaft belehrte sie, und die Worte des Betriebsratsobmanns Karl Bender, der von der Not der Unterdrückten sprach, gingen ihr mehr zu Herzen, als der fromme Sermon des Pfarrers in der Dorfkirche. Geiferig redete dieser immer von den Arbeitern der großen Städte, die „ein mühelosiges Geld verdienen und in Gottlosigkeit dahinträumen". Sogenerische Phrasen — heute spürte sie am eigenen Leibe, wie schwer es war, von dem geringen Verdienst etwas zu erübrigen. Und lebten die Arbeiter gottlos? Sie hatten nur einen anderen Glauben. „Sozialismus — Gemeinschaftsgeist — Menschlichkeit", sagte Bender, und ihr war es dabei, als ob sie in der Kirche wäre.

Monate vergingen. Hochschwanger, hockte Maria noch immer hinter ihrer Stanze. Der Obmann war bei ihr gewesen und hatte gesagt, daß es nun Zeit sei, zu Hause zu bleiben. „Es ist die letzte Woche... Ich will die paar Mark Lohn noch mitnehmen...", gab sie ihm zur Antwort.

Schon wieder drei Uhr... Die Zeit raste dahin und das Pensum war noch nicht erledigt. Rascher gingen die Hände... Und immer dachte sie an das Kind. Die Transmissionen surrten... Bum — bum — bum — stampfte die Stanze. In dem Kasten zu ihren Füßen häuften sich die Messingfassungen. Rascher... rascher... Kalter Schweiß trat auf ihre Stirne... Warum verlischt das Licht an der Maschine? Blitzschnell schoß ihr dieser Gedanke durchs Hirn... Dann sank sie lautlos vom Schemel und schlug mit dem Kopf auf die Steinfliesen. Blut rann von der rechten Hand. Das scharfe Stanzmesser hatte ihr zwei Finger abgeschnitten — ohnmächtig trug man sie hinaus. Das Krankenauto wurde herbeigerufen. Noch in derselben Nacht kam sie in den Kreissaal und in den Morgenstunden gebar sie einen Knaben.

In der Werkstatt gab man eine Sammelliste herum. Jeder zeichnete einige Groschen. Am folgenden Sonntag ging Karl Bender ins Krankenhaus und brachte mit den Grüßen, die ihm die Kollegen und Kolleginnen aufgetragen hatten, Blumen, Früchte und einige Leckerbissen für die Wöchnerin.

Tränen standen in Marias Augen. Ihre Blicke irrten über die Bettdecke, auf der ihre verbundene Hand lag. Dann schaute sie dem Genossen ins Gesicht.

„Wie freundlich ihr zu mir seid... Trotz meiner Schande..."

„Schande?", meinte Bender. „Dein Los teilen tausende Proletariermädels. Sei stolz, daß du Mutter bist. Proletariermütter gebären die Menschen der kommenden Zeit... Dein Junge wird einmal einer mit uns."

Lange saß er bei ihr und sprach ihr Mut für die Zukunft zu. Als er wieder fort war, blickte sie noch eine ganze Weile nach der Tür, die sich hinter ihm geschlossen hatte, und dachte über seine Worte nach. Sie drehte sich nach der Seite, wo ihr Junge schlief. „Kämpfer für unsere Sache", ging es ihr durch den Kopf.

Ein starkes Gefühl war in ihr. In den letzten Monaten hatte sie eine innere Wandlung durchgemacht. Sie fühlte sich selbst wie neu geboren. Sie war nicht mehr die dienende Magd, nein, Proletariermutter und hatte ein Ziel im Leben. Ihr Herz schlug in einem anderen Rhythmus. Ein neuer Glaube war in ihr erstarkt. Sie betete mit Millionen Schaffenden zu dem roten Gott... Halblaut sprach sie die Worte vor sich hin, die sie einmal in einer Versammlung gehört hatte:

„Du glühst in mir, du glühst durch alle Brüder,
Dein Feuerodem aus den Völkern saust.
Es neigen sich die Welten vor dir nieder
Vor deiner Liebe und vor deiner Faust."

Du roter Gott! Und Maria lächelte glücklich, wie eine Madonna.

Kinderreigen

Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt tanzen.
Immer ringsum geht die Reih'
Das ist Ringelreihen-Weis'.
Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt tanzen.

Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt hüpfen.
Hopsassa, so hüpft ganz fein
Unser kleines Fröschelein.
Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt hüpfen.

Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt klatschen.
Pitsche patsche Haberstroh,
Alle Kinder machen's so.
Tick-tack! Huckepack!
Kindchen will jetzt klatschen.

M. Schulz

Elektrische Koch- und Backapparate

(Nachdruck verboten.)

Der Hauptgrund, der die fortschrittliche Hausfrau veranlaßt, sich beim Kochen, Braten und Backen der Elektrizität zu bedienen, ist die Wirtschaftlichkeit, die sich aus der Billigkeit des elektrischen Stromes und aus der Möglichkeit ergibt, die durch die Elektrizität erzeugte Wärme gut auszunutzen. Daneben jedoch bringen die neuen elektrischen Kochapparate noch weitere Vorteile mit sich; so hat sich zum Beispiel gezeigt, daß bei sachgemäßer Konstruktion des Apparates die Zubereitung der Speisen unter sparsamerem Fettverbrauch und vollkommenerer Erhaltung des Nährwertes vor sich geht, als man dies im allgemeinen gewohnt ist. Ähnliche Vorteile werden zwar auch mancherlei Apparaten für Gas- und Kohlenbeheizung nachgerühmt, doch hat sich in der Praxis gezeigt, daß, insbesondere hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit, die neuen elektrischen Anlagen diesen Apparaten überlegen sind. Im Nachfolgenden seien die beiden neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet des Kochens, Bratens und Backens mittels der Elektrizität, die Prometos-Bratröhre und der Elektro-Ökonom beschrieben.

Die Bratröhre ist, wie ja ihr Name schon sagt, eine auf vier eisernen Füßen ruhende Röhre, die auf der einen Seite fest verschlossen ist, auf der anderen Seite eine verschließbare Tür besitzt. In ihrem Innern enthält sie zwei pfannenartige, herausziehbare Einsätze, die zur Aufnahme der Speisen dienen. Durch die geschickte Verteilung der Heizkörper sowie durch die Konstruktion der ganzen Röhre ist eine ideale Unter- und Oberhitze gewährleistet. Was die Anwendbarkeit des Bratrohres betrifft, erstreckt sich diese auf nahezu alle denkbaren Arten der Speisezubereitung, so neben dem Braten insbesondere auf Backen, Kochen, Schmoren, Rösten und Dünsten. Trotz dieser vorzüglichen Leistung kann man sagen, daß der Stromverbrauch sehr gering ist; eine Kilowattstunde entspricht einem mehr als 1½stündigen Gebrauch der Röhre.

Wohl die bekannteste aller neuen Kochvorrichtungen ist der Elektro-Ökonom, der seiner Leistung und seinen Vorzügen nach dem Bratrohr sehr ähnlich ist, hat jedoch jenes Kuriosum über sich von diesem ganz erheblich unterscheidet. Der Ökonom besteht im wesentlichen aus einer elektrischen Kochplatte, einer Isolierhaube mit automatischem Ausschalter sowie den Kochtöpfen, Back- und Puddingformen usw. Der Apparat ist zum Kochen, Braten und Backen geeignet, wobei er sich insbesondere dadurch auszeichnet, daß er nur so lange Strom aufnimmt, bis die Siede- oder Backtemperatur erreicht ist. Herrscht innerhalb der Isoliertrommel die erforderliche Hitze, so schaltet der bereits oben erwähnte Ausschalter den Strom ab, worauf das Garkochen oder Weiterbacken ausschließlich mittels der im Apparate aufgespeicherten Wärme geschieht. Auf diese Weise wird nicht nur ein überaus sparsamer Stromverbrauch erreicht, sondern es ist auch ein Anbrennen oder Überkochen der Speisen völlig unmöglich, so daß der Apparat während des Betriebes fast gar keiner Wartung bedarf. Endlich ist noch zu erwähnen, daß der Apparat auch zum Sterilisieren herangezogen werden kann und hier ebenfalls sehr gute Dienste leistet, da er bei verhältnismäßig geringem Stromverbrauch eine für diesen Zweck sehr geeignete, gleichmäßige Hitze liefert. Auch der automatische Ausschalter leistet hierbei gute Dienste.

G. Hth.

72 verschiedene Kaffeemühlen

Über die Normung des Haushalts sprach kürzlich in der Deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft Frau Dr. Luders. Die Vortragende stellte zunächst fest, daß der Privathaushalt in seiner Bedeutung erheblich unterschätzt wird. In Deutschland gibt es rund 12 Millionen Haushalte, in denen 19 Millionen Personen tätig sind; mithin ein Arbeitsgebiet, an dem keine Industrie, kein Gewerbe heranreicht. Es ist also keine Privatangelegenheit, sondern eine Frage der Volkswirtschaft, wie die Bedürfnisse der Hausfrau befriedigt und gestaltet werden. Die massenhaften Formen der in der Küche täglich verwandten Gegenstände führen zu einer starken Steigerung der Konkurrenz. Die Normung geht über die persönlichen Launen hinweg und erspart durch geringere Ausgaben für Lager, Transport, Reklame und Verwaltung hohe und unnötige Summen. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind bereits führend vorangegangen. In Deutschland sieht es noch sehr böse aus. So gibt es zum Beispiel 285 verschiedene Formen und Größen von Öfen und Herdplatten; 238 Rosttypen, darunter 37 frankfurter, 16 posener, 18 breslauer, 11 liegnitzer, 21 frankensteiner, 6 brandenburger usw. Jede Hausfrau hat auf ihrem Bodenverschlag ein Museum halbbrauchbarer Gegenstände, die nur deshalb nicht verwandt werden können, weil die Ersatzteile nicht zu beschaffen sind.

Diesen Unfug will die Normung beseitigen. Sie hat bereits Erfolge erzielt. So kostet ein zweiflügliges Fenster als Tischlerarbeit 19 M, genormt 12,30 M, eine Einflügeltür 40 M und genormt 24,50 M. Das Institut für Konjunkturforschung hat für 1927 festgestellt, daß bei 250 000 neuen Wohnungen allein an Fenstern und Türen durch Normung 60 Millionen Mark hätten erspart werden können. Die Behauptung, die Normung veröde das Leben, ist Unsinn. So sind zum Beispiel 500 Strohhutmodelle mit gerader Krempe auf 20 normiert worden. Die männliche Individualität hat nicht darunter gelitten, ja, die Männer haben diese Veränderung noch nicht einmal gemerkt. Die 72 verschiedenen Arten von Kaffeemühlen können ohne Schaden durch zwei ersetzt werden. Der Haushalt darf nicht mehr länger im Dunkeln bleiben, sondern er muß zum Gegenstand durchgreifender Reformen gemacht werden. Diese stille Stätte der Arbeit verdient es, angesichts ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung, mehr als bisher beachtet zu werden.

*

Das Vaterhaus

Wie die Wörter unter den Veränderungen der Lebensverhältnisse ihren ursprünglichen Sinn verlieren können, zeigt sich so recht an dem Worte Vaterhaus. Wenn Schiller den Jüngling heimkehren läßt ins Vaterhaus, so meint er das Haus, das ein Vater samt den Seinen nicht nur dauernd bewohnt, sondern auch sein eigen nennt und ihnen nach seinem Tode hinterläßt; es ist des Vaters Haus im eigentlichen Sinne. Kehrt aber heute der Sohn eines Beamten oder Arbeiters in sein Vaterhaus zurück, so läßt sich das Wort wohl nur selten in gleicher Weise auflösen, es ist nicht einmal das Haus, das seine Angehörigen allein bewohnen, sondern das, in dem sie mit vielen anderen Hausgenossen wohnen, und zwar zur Miete; in der Großstadt ist es oft nur ein Hinterhaus. Unzählige Kinder kennen heute den ursprünglichen Begriff Vaterhaus überhaupt nicht, das verhindert schon die Häufigkeit des Wohnungswechsels, der nur durch die heutige Wohnungsnot hintangehalten wird. Den meisten ist das Vaterhaus nicht viel mehr als eine Art bildlicher Ausdruck, wie ihn das Wort Mutterhaus schon bei Uhland 1806 darstellt, wenn er den Hirtenknaben von seinem Berge als „des Stromes Mutterhaus" sprechen läßt. Weder für das Vater- noch für das Mutter- und Elternhaus können uns die Zusammensetzungen entschädigen, die besonders in der neuesten Zeit mit dem Worte Haus gebildet oder mit neuem Inhalt erfüllt worden sind. Bei dem Worte Kurhaus denkt wohl keiner seiner Gäste an das Kurhaus Brandenburg (im Kaiserlichen Österreich sprach man vom Erzhaus); die Landratte hat einen anderen Begriff vom Kartenhaus als der Seemann. Dieser weiß darin die Seekarten untergebracht, also in einem wirklichen Häuschen, während für die große Mehrzahl unserer Volksgenossen das Kartenhaus überhaupt kein Haus ist, sondern fast nur bildlichen Wert hat wie das Luftschloß. Seitdem das Wort Haus für den Begriff Firma üblich geworden ist, wimmelt es von Ausdrücken wie Papierhaus, Seidenhaus, Blusenhaus, Butterhaus usw., sogar ein Kairo-Haus wurde möglich. Wirkliche Häuser nehmen nur die Kauf- und Warenhäuser ein, aber wiederum nicht die Bildungswarenhäuser, wie man die Volkshochschulen genannt hat.

Deutscher Sprachverein.

*

Histörchen

In der Destille von Caspari am Werderschen Markt ging es hoch her. Die Politik erregte die Gemüter. Man stritt — man war geteilter Meinung: wie würde sich das Militär verhalten?

Am Tische saß ein Grenadier.

„He, Freund, würden Sie auf Ihre Brüder schießen?"

„Nee."

„Bravo! Bravo!" tönte es aus allen Ecken. „Markeur, bringen Sie dem Soldaten ein Eisbein und eine große Weiße mit Strippe!"

„Jetzt sagen Sie mal, lieber guter Freund, denken viele Ihrer Kameraden bei der Garde so?"

„N jewiß doch! Die ganze Musike! Ick bin Pauke!"

*

Sprichwörter. Der Lehrer behandelte die Sprichwörter und fragte die Klasse nach Beispielen. Die Klasse schwieg. Ärgerlich schalt der Lehrer, weil niemand eine Antwort auf seine Fragen wußte. Da hob das kleinste Knäblein auf der vordersten Bank sein Fingerchen hoch.

„Also, Peter, du weißt ein Sprichwort?"

„Ja, Herr Lehrer. Ein Narr kann mehr fragen, als zehn Weise beantworten können."

Entrüstet sagte der Lehrer: „Weiß du kein anderes Sprichwort als das, dummer Junge?"

„Gewiß, Herr Lehrer. Wem der Schuh paßt, der zieht ihn an."

Da war das Maß voll und der Lehrer lief zum Direktor, damit dieser den frechen Bengel zur Rede stellen solle. Zu zweien betraten sie wieder die Klasse.

„Nu sag' doch mal, Peter, weißt du denn keine besseren Sprichwörter?"

„Gewiß, Herr Direktor", sagte Peter. „Ein Unglück kommt selten allein."

Unfallverhütung

Eine Million Unfälle, davon rund 10 000 tödlich, werden alljährlich aus den gewerblichen Betrieben Deutschlands gemeldet. In jeder Stunde des Tages und der Nacht stirbt ein Mensch in den Rädern und Riemen der Maschinen, wird einer unter brechendem Gestein zermalmt, erstickt oder verbrennt einer. Millionen müssen alljährlich aufgebracht werden, um die Krüppel, die Witwen und Waisen zu ernähren. Unermeßlich ist das Meer der Schmerzen und Tränen, das sich hinter diesen trockenen Zahlen ausbreitet; erschütternd der Verlust an Lebensfreude und Arbeitskraft, an Glück und Schaffensdrang, der im Gefolge des Unglücks einhergeht. Die Unfallversicherung lindert nur die kümmerliche Notdurft, sie kann den Verlust an Glück und Freude nicht wiedergutmachen. Zudem sind ihre Lasten von der Allgemeinheit aufzubringen, also von den Arbeitenden selbst. Die Unfallverhütung greift das Übel an der Wurzel, schützt den Einzelnen vor dem Unglück und entlastet die Allgemeinheit.

Die ursprüngliche Form der Unfallverhütung war die der Überwachung durch staatliche Gewerbeaufsicht und der Unfallberufsgenossenschaft. So notwendig diese Einrichtungen sind, sie bleiben doch unzulänglich, da sie der Schnelligkeit der technischen Entwicklung nicht folgen und ihre Maßnahmen immer nur von allgemeinen Gesichtspunkten aus treffen können. Es lag daher nahe, auch innerhalb der Betriebe Einrichtungen zur Bekämpfung der Unfallgefahren zu schaffen. So bekamen wir die werkliche Unfallverhütungsstelle, die heute wohl in keinem größeren Betrieb fehlt. Ihre Aufgaben sollen kurz dargestellt werden.

Die Unfallverhütung durch Werbetätigkeit geht davon aus, daß der Arbeiter durch die Entgeistigung der Arbeit abgestumpft wird, daß eine Gewöhnung an die Gefahr eintritt, die wieder zur neuen Gefahrenquelle wird. Dieser Gewöhnung entgegenzuwirken, ist die Aufgabe dieser Werbetätigkeit. Sie bedient sich dabei des gesprochenen und geschriebenen Wortes, des Bildes und Films. An Mauern und Wänden des Betriebes sind Inschriften angebracht, die in kurzen Schlagworten an die Gefahr erinnern. Eindrucksvolle Bilder dienen dem gleichen Zweck. In den Pausen werden Vorträge gehalten, um die Anteilnahme an der Unfallverhütung rege zu halten. Durch Preisausschreiben versucht man, die Belegschaft zur Mitarbeit heranzuziehen, durch Belohnungen zur Mitwirkung zu veranlassen.

Zur Werbetätigkeit kommt der praktische Sicherheitsdienst. Dazu gehören die Kontrolle der Betriebseinrichtungen, Untersuchung der materiellen Unfallursachen und vorbeugende Maßnahmen an Ort und Stelle.

Die Einsicht, daß es sich bei der Unfallverhütung um eine wichtige Sache der Arbeiterschaft handelt, hat von Anfang an zur Mitarbeit der Gewerkschaften, insbesondere der Betriebsräte geführt. Anderseits mußte hier und dort zu organisatorischen Mängeln und falschen Formen der Werbetätigkeit Stellung genommen werden. Das Wesentliche dieser Kritik soll hier folgen.

Die Rationalisierung und ihre Folgen (neue Lohnmethoden, Personalabbau, Arbeitsverschärfung) bergen erhebliche Gefahren. Die größere Hast der Arbeit und die gesteigerte Leistung bringen eine stärkere Ermüdung und Erschlaffung der Sinne mit sich. Die Sorge um ausreichenden Lohn erstickt oft vernünftige Überlegung, treibt zu überstürzter Arbeit, läßt Sicherheitsvorschriften übersehen und gar hemmende Schutzvorrichtungen beseitigen. Da erscheint es denn ohne weiteres als ein Mangel, daß, wie das vielerorts der Fall ist, die Unfallverhütung der Abteilung angegliedert ist, die auch die Maßnahmen der Rationalisierung durchführen soll. Aus der Vermengung beider Aufgaben entstehen allerlei Reibungen, wodurch die Wirksamkeit der Unfallverhütung stark beeinträchtigt wird. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die Rationalisierungsmaßnahmen dem Widerstand und Mißtrauen der Arbeiter begegnen, ein Mißtrauen, das sich auf die Unfallverhütung überträgt, wenn sie von denselben Personen getragen wird.

Eine weitere Voraussetzung für die Wirksamkeit der Unfallverhütung ist die Unabhängigkeit. Die Unfallverhütung soll sich ja nicht in der Werbetätigkeit, der Mahnung und Warnung der Arbeiter erschöpfen, sondern sie soll zur Beseitigung von Unfallursachen, wie fehlende oder mangelhafte Vorrichtungen, ungenügende Beleuchtung, Lüftung und Reinigung usw. Maßnahmen treffen. Sie soll auch bei der Betriebsleitung auf Befolgung der Sicherheitsmaßnahmen hinwirken. Da gilt es oft, Widerstände persönlicher oder finanzieller Natur zu überwinden, was nur erfolgreich ist bei weitgehender Unabhängigkeit.

Die psychologische Unfallverhütung, als welche die Werbetätigkeit bezeichnet wird, erfordert eine tiefe Kenntnis vom geistigen Leben des Arbeiters, seiner Begriffswelt und Lebensauffassung. Wer werben will, darf nicht Widerspruch wecken oder das Ehrgefühl verletzen. Die Art der Werbung weist Mängel auf, die auf einer mangelhaften Kenntnis der Geisteswelt des Arbeiters beruhen. Da wird, um einen groben Mißgriff herauszugreifen, auf einem Bilde ein Arbeiter in der Pose eines Trunkenboldes mit der Schnapsflasche gezeigt. Das Bild soll vor den Gefahren des Alkohols warnen, rief aber nur Unwillen und Entrüstung hervor. Solche Mißgriffe zerstören das Vertrauen und rufen einen inneren Widerstand hervor, der alle Werbetätigkeit ungünstig beeinflußt.

Die in der Abstumpfung der Sinne liegende Gefahrenquelle kann durch ständige Schärfung des Verantwortlichkeitsgefühls etwas verstopft werden. Jedoch nie ganz. Die schönsten Sprüche wie: „Denk an Frau und Kinder!" oder: „Komm ausgeruht zur Arbeit!" haben nur eine beschränkte Wirkung, weil mit rein moralischen Mitteln gegen die ungeheure Macht der ermüdenden Einförmigkeit der Arbeit nicht anzukommen ist. Es muß nach weiteren Mitteln gesucht werden, diese Gefahr zu bekämpfen. Das Beste wären Sicherheitsmänner für jede Betriebsabteilung. Solange diese Einrichtung nicht besteht, muß man andere Wege suchen. Es gibt in jedem Betrieb eine Anzahl Leute, die der Abstumpfung nicht so unterliegen, wie die Arbeiter: die Vorarbeiter, Meister, Betriebsführer. Bei diesen das Verantwortungsgefühl auch für die unterstellten Menschen zu steigern, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Unfallverhütung. Dazu ist allerdings ein Wandel in der Auffassung vom Wesen und Zweck des Betriebes notwendig. Die heutige Auffassung vom Betriebszweck bezieht sich auf das geldliche Betriebsergebnis, auf den Gewinn, wodurch die Belange der Belegschaft vernachlässigt werden. Der Begriff des Betriebszwecks, der nur das tote Produkt, die Dividende sieht, muß ersetzt werden durch den sozialen Begriff, der die gesundheitlichen und rechtlichen Belange der Belegschaft, also den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Zusammenfassend sei gesagt: Die Unfallverhütungsabteilung muß von Aufgaben befreit werden, die nicht im Einklang mit ihrer eigentlichen Bestimmung stehen, sie muß selbständig und unabhängig sein. Ein Mitglied des Betriebsrats sollte der Unfallverhütung hauptamtlich beigeordnet sein. Die Unabhängigkeit seines Amtes wird oft wertvolle Dienste leisten, wo der gute Wille der Stellen, die in abhängiger oder untergeordneten Posten stehen, nicht ausreicht. Durch seine Kenntnis vom Denken und Fühlen der Arbeiter ist er in der Lage, die Werbearbeit zu befruchten und Mißgriffe zu verhüten. Seine Kenntnis von den Gewohnheiten und dem Verhalten der Arbeiter könnte zur Aufklärung mancher Unfallursachen dienen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Unfallverhütung und Belegschaft würde sich bessern.

Dann muß die Werbe für die Unfallverhütung ausgedehnt werden auf das aufsichtführende Personal, um dessen Verantwortungsgefühl für die unterstellten Menschen zu stärken und einen höheren sozialen Begriff des Betriebszwecks zu entwickeln. Die Arbeiter, und vor allem die Betriebsräte müssen an der Unfallverhütung mitwirken, Mißstände und Gefahrenquellen rücksichtslos aufdecken, immer an die Sicherheit der Kameraden denken, jugendlicher Unbedachtheit steuern, vor allem auch der Sucht wehren, die da sagt: „Wenn du Angst hast, laß michs machen."

A. Dünnebacke.

Vorübergehende Krankheit ist kein Grund zur fristlosen Entlassung

In letzter Zeit wird von Unternehmerseite immer häufiger dazu gegriffen, ihnen mißliebige Arbeiter im Krankheitsfalle fristlos zu entlassen. Die Unternehmer oder ihre Vertreter stützen sich bei ihrem Vorgehen auf die Gewerbeordnung, und zwar auf § 123 Ziffer 8. Es heißt dort: Vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung können Gesellen und Gehilfen entlassen werden: wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind.

Allen Arbeitern, die von einer derartigen Maßnahme betroffen werden, ist zu empfehlen, bei fristlosen Entlassungen wegen vorübergehender Krankheit, gemäß § 84 Abs. 2 des Betriebsrätegesetzes, Einspruch bei ihrem Gruppenrat zu erheben.

Das Landgericht Zwickau hat in einem Urteil vom 14. 12. 1926 dahin entschieden, daß vorübergehende Krankheit nicht ohne weiteres zur fristlosen Entlassung berechtige. Es müsse vielmehr von Fall zu Fall entschieden werden, ob die vorübergehende Krankheit zur fristlosen Entlassung führen dürfe. Aus der Begründung des Landgerichts (Dg. 266/26):

„Das angefochtene Urteil führt aber auch zutreffend aus, daß nur von Fall zu Fall nach den gerade vorliegenden besonderen Umständen zu entscheiden ist, ob die vorübergehende Krankheit zur fristlosen Entlassung führen darf. Solche Umstände sind nach Ansicht des Berufungsgerichts im Falle F. nicht gegeben: Als diese am 31. Mai 1926 entlassen wurde, war sie reichlich 6 Wochen krank. Nun kann selbstverständlich im Einzelfalle auch eine Krankheit von dieser oder noch kürzerer Dauer zur fristlosen Kündigung führen. Dann muß aber im Zeitpunkt der Auflösung des Arbeitsverhältnisses entweder auf seiten des Arbeitgebers eine zwingende Notwendigkeit hierfür aus betrieblichen Gründen vorliegen, oder es muß mit einiger Sicherheit feststehen, daß der Erkrankte auf längere Zeit weiter von der Arbeit wird fortbleiben müssen. Das hat der Arbeitgeber darzulegen und nötigenfalls zu beweisen; hier fehlt es, was die betrieblichen Gründe anlangt, an der erforderlichen Darlegung zwingenden Grundes — was die Klägerin vorbringt, kann nicht als solcher anerkannt werden — und bezüglich der F. auch am Nachweise des zweiten Erfordernisses. Es muß nach Ansicht des erkennenden Gerichts vom Arbeitgeber gefordert werden, daß er, wenn er die für den Arbeitnehmer in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges selbstverständlich stark einschneidende Bestimmung des § 123 Abs. 1 Ziffer 8 der Gewerbeordnung anwenden will, sich ausreichend vergewissert, wie lange der erkrankte Arbeitnehmer annehmbar noch von der Arbeit wegbleiben muß. Wie diese Erkundigung zu geschehen hat, kann ebenfalls nicht allgemein festgelegt, sondern muß dem einzelnen Fall überlassen werden. Da die F. schon am 12 Juni 1926, also nur 12 Tage nach der Entlassung, wieder gesund geschrieben worden ist und es sich bei ihr nicht um eine besonders schwere Erkrankung gehandelt hat, wie der Krankenschein ergibt, kann unbedenklich angenommen werden, daß die Klägerin auch schon am 31. Mai 1926 erfahren hätte, daß die Beklagte zu zwei spätestens am 12. Juni wieder arbeitsfähig sein werde. Die Klägerin durfte deshalb von sich aus und ohne ärztliche Befragung am 31. Mai 1926 bei der F. nicht mehr mit längerer Erkrankung rechnen, sondern eher mit einer baldigen Genesung. Hinsichtlich ihrer lagen deshalb die Voraussetzungen des § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung nicht vor. Dagegen ist bei M. die fristlose Entlassung als gerechtfertigt anzusehen, nicht — wie schon betont — aus betrieblichen Gründen, aber aus solchen, die in der Art der Erkrankung M.s lagen."

Das Landesarbeitsgericht Frankfurt (Main) hat in einem Urteil vom 29. 9. 1927 ebenfalls dahin entschieden, daß vorübergehende Krankheit nicht ohne weiteres zur fristlosen Entlassung berechtige. Dem Urteil lag folgender Tatbestand zugrunde:

Der Kläger war bei der Beklagten längere Jahre als Werkzeugmacher beschäftigt. Er erlitt auf der Straße einen Unfall und wurde arbeitsunfähig geschrieben. Nach sieben Wochen wurde er fristlos entlassen. — Der Arbeiterrat erachtete den erfolgten Einspruch des Entlassenen als berechtigt. Die Verhandlungen wegen Wiedereinstellung waren erfolglos. — Das Arbeitsgericht Frankfurt a. M. verurteilte die Beklagte zur Weiterbeschäftigung oder Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 1200 ℳ.

Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung des Unternehmers wurde vom Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. als unbegründet kostenpflichtig verworfen (26. U. 21/27).

Begründend führt das LAG aus, daß der Unternehmer heute nach Treu und Glauben als verpflichtet angesehen werden muß, am Tage der beabsichtigten Entlassung sich darüber zu unterrichten, wie lange noch der erkrankte Arbeiter voraussichtlich arbeitsunfähig sein würde. Dies müsse um so mehr vom Unternehmer verlangt werden, als bei der heutigen Wirtschaftslage die fristlose Entlassung eines Arbeiters in der Regel eine außerordentlich harte Maßnahme sei. Sie bedeute meistenteils für den Entlassenen Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend auf lange Zeit. — Nur dann liege Arbeitsunfähigkeit im Sinne des § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung vor, wenn am Tage der Entlassung feststehe, daß der Arbeiter in absehbarer Zeit seine frühere Arbeitsfähigkeit nicht wieder erlangen würde. — Hätte sich die Beklagte am Tage der fristlosen Entlassung des Klägers beim behandelnden Arzt erkundigt, so wäre ihr die Antwort geworden, daß der Kläger in 8 bis 10 Tagen wieder arbeitsfähig sein werde. Unter diesen Umständen wäre der Kläger im Zeitpunkt der Entlassung nicht als zur Fortsetzung der Arbeit unfähig im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen gewesen. — Unerheblich sei hierbei, ob die Kündigungsfrist des Klägers nur fünf Tage betrage und die Kündigung erst nach 7½wöchiger Krankheit ausgesprochen wurde. Mit Recht sei die Berechtigung der fristlosen Kündigung nach § 123 Ziffer 8 der Gewerbeordnung verneint.

Von erheblicher Bedeutung ist, daß dieses Urteil endgültig und ein weiteres Rechtsmittel gegen die Entscheidung nicht gegeben ist.

Die Entlassung wegen Krankheit wird häufig als ein Druckmittel gegen die Inanspruchnahme der Krankenhilfe benutzt. Hierbei zeichnen sich besonders die Unternehmer mit Betriebskrankenkassen aus. Bemerkt sei darum noch folgendes:

Die Krankenkasse ist verpflichtet, dem erkrankten Entlassenen auch nach der Entlassung Krankenhilfe (Krankengeld, ärztliche Behandlung) bis zum Ablauf der gesetzlichen Zeit zu gewähren. Das Krankengeld allerdings nur in Höhe des gesetzlichen Krankengeldes. Die Kasse hat dem Berechtigten auf seinen Antrag den Anspruch auf diese Leistungen zu bescheinigen. — Stirbt der Berechtigte binnen einem Jahre nach Ablauf der Krankenhilfe an derselben Krankheit, so muß auch das Sterbegeld gezahlt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß er bis zum Tode arbeitsunfähig gewesen ist.

ke.

Der neue Automat

Dunkelwuchtend steht er in der Helle frischgeweißten Fabriksaals. Stählern recken sich seine Glieder, Rad greift in Rad, Nocken und Wellen glänzen, gelb leuchtet frisches Leder neuer Riemen.

Der Einrichter läßt den Motor anspringen, surrend erhebt sich sein dumpfer Gesang, es klatschen die Riemen. Das machtvoll gefügte Gebilde von Menschenhand, ersonnen in schöpferischen Gehirnen, wird lebendig unter der treibenden Kraft der Elektrizität. Kunstvoll und präzis, feinnervig wie eine menschliche Hand greifen die Teile ineinander. Stähle zucken von rechts herab, Stähle kommen von links, Bohrer und Gewindeschneider führen weiter. In dickem Strahl sprudelt dunkelfettes Öl über Stähle und Werkstück. Qualm steigt und Späne fliegen. Dann kommt seitlich eine stählerne Hand, packt das Werkstück, kreischend schneidet eine Säge darauf ein. — Alles, alles tut die Maschine.

Die Menschen stehen nur dabei, sehen zu, wie blank und sauber Stück um Stück aus dem Automaten hervorgleitet. — Voll Stolz blickt der Ingenieur, der das Maschinenwunder entworfen hat, auf sein Werk. Tausende von Mark wird es der Firma ersparen, Arbeitslöhne und Betriebskosten können eingeschränkt werden. Gleich sollen die Herren von der Direktion kommen, sicher wird klingender Dank für sein Bemühen nicht ausbleiben.

*

Wie die Besichtigung vorbei ist, wie nur die Männer in blauem Arbeitskittel hier und da zwischen den Automaten zu sehen sind, kommen zwei alte Arbeiter durch den Saal. Sie müssen von einer andern Abteilung kommen, scheinen hier fremd. Ihre Augen wandern suchend durch den Raum. Zögernd schreiten sie mit ihren altersmüden Schritten durch die Reihen der wirbelnden Maschinen...

Da, vor dem neuen Automaten bleibt der eine stehen, bückt sich, nimmt ein ölnasses Teil aus dem Kasten, ruft seinen Gefährten zurück. Der kommt, schaut auch. Beide haben den Kopf gesenkt, starren auf das blanke Metallstück, prüfen und betasten es von allen Seiten. Dann gleitet ihr Auge über den Automaten, der kalt und unbekümmert mit stählerner Genauigkeit Stück um Stück ausspeit.

Der Einrichter kommt gerade vorbei, sieht die Alten und ihr prüfendes Tasten. Voll Stolz zeigt er ihnen „seinen" Automaten. — „Ein feines Dingelchen, läuft wie ein Uhrwerk! Und genau...!" Er nimmt eine Lehre, schiebt sie über das Teil. — „Hier, auf zwei Hundertstel toleriert, brauchen kaum auf Kaliber geschliffen zu werden! Liefert dabei an dreihundert Stück die Stunde...!" Die beiden Alten nicken gezwungen, starren wieder auf das Teil und die Maschine. — Der Einrichter ist längst weitergegangen.

„Dreihundert Stück, das bringen wir beide kaum an einem Tage fertig..., ja, ja, die neue Zeit!" — Bis heute war es ihre Arbeit gewesen, das Teil zu drehen, das der Automat jetzt unaufhörlich ausspie. — Über zwanzig Jahre hatten sie an der Bank gestanden, unermüdlich Stück um Stück gedreht. Sie waren stolz auf ihre genaue Arbeit gewesen, das Stück mußte haargenau passen, sonst paßten die Teile nicht bei der Montage. So leicht konnte ihnen keiner einen Fehler bei ihrer Arbeit nachweisen.

Nun aber ist der neue Automat aufgestellt, macht ihr Lebenswerk zunichte; kalter Stahl tut die Arbeit, die sonst Menschenhand verrichtete. — Was sollen sie noch tun..., dreihundert Stück pro Stunde, da braucht das Ding nicht einmal dauernd zu arbeiten. Sie aber, sie sind jetzt überzählig. Gewiß, ohne weiteres wird sie die Firma nicht vor die Tür setzen, schließlich haben sie ja zwanzig Jahre in ihrem Dienst gestanden. So wird man erst mal abgeschoben auf ein entlegenes Magazin, auf irgendeine Nebenarbeit. Wenn die Konjunktur abflaut, wenn die Arbeit knapp wird, dann hat man eines Tages seine Papiere in den Händen.

Stehen sie erst draußen, wer weiß, wann sie wieder Arbeit finden werden. So alte Leute stellt niemand mehr gern ein, haben ja die langen Jahre auch nur immer dieselbe Arbeit getan, können sich nicht mehr gut umstellen auf ihre alten Tage.

So ist ihr Lebensinhalt vernichtet, verschüttet! Wehmütig erweisen sie ihrer alten Drehbank den letzten Liebesdienst, wischen sie fein sauber, putzen alles blank. Zweck hat es eigentlich keinen, die Bank kommt doch zum alten Eisen, wie sie selber auch. Dann packen sie ihre armseligen Kleinigkeiten, ihre Kaffeekanne und was noch — folgen dem Angestellten, der sie über Treppen und Gänge zur neuen Arbeitsstätte bringt.

Als der Arbeitstag zu Ende ist, die Feierabendglocke durch die Fabrik schrillt, gehen die beiden Alten ein großes Stück Wegs zusammen. Etwas ist in ihrem Leben zertreten, das Leid verbindet sie. Ihr Gruß beim Auseinandergehen ist karg wie immer, doch am Klang der Stimme fühlt jeder, wie es in der Seele des andern schmerzt und brennt.

Elan.

*

Die Kupeetür mit dem Sicherheitsschloß

Daß die öffentlichen Sicherheitsverhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht gerade besser sind als bei uns, dürfte allgemein bekannt sein. Zurzeit erzählt man sich in amerikanischen Zeitungen folgendes Geschichtchen, das sie — gleich, ob es erfunden ist oder auf einem wirklichen Vorfall beruht — treffend beleuchtet:

In Chikago stieg eine Frau in ein leeres Abteil der Eisenbahn. Kurz vor der Abfahrt des Zuges folgte ihr ein Mann, der einen kleinen Kasten unter dem Arme trug. Er benahm sich sehr sonderbar. Nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, zog er einen Drillbohrer aus der Manteltasche und begann in Tür und Türrahmen kleine Löcher zu bohren, und zwar an beiden Enden des Kupees. In die Löcher drehte der merkwürdige Mensch Schrauben mit Ösen und verband sie mit — Sicherheitsschlössern, so daß die Türen beider Abteilseiten von außen nicht mehr zu öffnen waren. Die Passagierin sah sprachlos und vor Schreck gelähmt zu. Ihr Entsetzen wurde nicht geringer, als bei der Einfahrt in einen Tunnel der unheimliche Fahrtkollege fest ihre beiden Hände ergriff und bis zum Wiedererscheinen des Tageslichtes nicht mehr losließ.

Dann sprach er sehr höflich: „Ich bitte sehr, mein Auftreten und Verhalten zu entschuldigen. Ich bin Beamter der X-Bank und beauftragt, diese Kassette mit 3 Mill. Dollar nach der nächsten Station zu bringen. Die Türschlösser brachte ich an, um gegen einen Überfall von draußen geschützt zu sein. Man kann ja leider in diesen Zeiten nicht vorsichtig genug sein."

Mittlerweile hielt der Zug. Der ängstliche Kassierer entfernte seine Schlösser, grüßte noch einmal höflich, ergriff seine Kassette, stieg aus, winkte einem auf dem Perron wartenden Polizisten und verschwand...

Sicher ist jedenfalls, daß aus der Zeit, wo sich diese Begebenheit abgespielt haben soll, kein Bankraub von 3 Mill. Dollar aus Chikago und näherer Umgebung gemeldet wurde...

Verbandsleben

Der Erweiterte Beirat des Verbandes

tagte am 14. und 15. Februar 1928 in Stuttgart. Die Einberufung geschah ursprünglich lediglich zu dem Zweck, Stellung zu nehmen zu den im Frühjahr zu erwartenden Lohnbewegungen. Durch die Aussperrungsandrohung des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller erhielt die Tagung eine besondere Note. An der Tagung nahmen sämtliche Bezirksleiter und die gemäß § 31 Abs. 8 des Verbandsstatuts gewählten Bezirksvertreter, der Gesamtvorstand, die Schriftleiter der Verbandszeitungen und ein Vertreter des Verbandsausschusses teil.

Der Vorsitzende **Reichel** eröffnete die Tagung mit dem Hinweis auf die Aussperrungsabsichten der Unternehmer und dem Bemerken, daß der Verband, der für eine gerechte Sache kämpfe, den Maßnahmen der Unternehmer mit größter Ruhe und Gelassenheit entgegensehe.

Den eigentlichen Tagesordnungspunkt behandelte der Vorsitzende **Brandes**, der in 1½stündigem Referat die Grundlagen einer gesunden Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und insbesondere einer sozial und wirtschaftlich richtigen Lohnpolitik besprach. Die Arbeiter und Angestellten sind der wichtigste Teil des inneren Marktes, der rund drei Viertel der ganzen Produktion verbraucht. Jede Produktionssteigerung ohne gleichzeitige Verbrauchserhöhung schafft Arbeitslosigkeit und führt mithin zu Schäden für die Wirtschaft und die Arbeiterklasse. Verbrauchserhöhung wird durch Steigerung der Kaufkraft der Massen auf dem Wege der Warenpreissenkung und Lohnerhöhung erreicht. Die Verbilligung der Waren wird durch die verhängnisvolle Zoll- und Kartellpolitik verhindert. Lohnerhöhungen sind deshalb zwingend. Sie müssen der steigenden Produktion angepaßt sein. Die Rationalisierungsmaßnahmen sind keineswegs abgeschlossen; sie werden vielmehr in der kommenden Zeit noch in verschärfter Weise fortgesetzt. Um so notwendiger ist die Hebung der Massenkaufkraft. Niedrige Löhne sind eine schwere Gefahr für die Wirtschaft. Die deutschen Löhne mit Einschluß der sozialen Lasten sind niedriger als die der Hauptkonkurrenzländer. Auch die steuerliche Belastung übt keineswegs den ungünstigen Einfluß auf die deutsche Wirtschaft aus, wie das von Unternehmerseite behauptet wird.

Der Redner wendet sich im weiteren gegen die amtlichen Stellen, die den Teil des Unternehmertums unterstützen, der durch Lohndruck und lange Arbeitszeit die Entwicklung der Wirtschaft außerordentlich schädigt. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Produktionssteigerung in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie war der Schiedsspruch von 3 ₰ in Mitteldeutschland eine Aufreizung der Arbeiter, die diese mit der Arbeitseinstellung beantworten mußten. Die angedrohte Aussperrung der Metallarbeiter nahezu aller Bezirke Deutschlands schreckt die Arbeiter und die Gewerkschaften so wenig, wie die bereits vorgenommene Aussperrung in Sachsen und Mitteldeutschland. Die Verantwortung für die wirtschaftlichen Folgen des Kampfes trägt das Unternehmertum, das seinen arbeiterfeindlichen Charakter mit aller Deutlichkeit offenbart.

Dann bespricht der Redner alle die Fragen, die bei Tarifabschlüssen in nächster Zeit und bei dem uns aufgezwungenen Kampf zu beachten sind, und unterbreitet schließlich dem Beirat die folgende Entschließung:

Die technischen und organisatorischen Betriebsverbesserungen haben in allen Industrien, besonders in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie eine außerordentliche Produktionssteigerung gebracht. Dieser Prozeß ist keineswegs abgeschlossen. Er setzt auch künftig dauernd menschliche Arbeitskräfte in großer Zahl frei, führt bei gleichbleibenden Warenpreisen und gleichbleibenden Löhnen zur Ausschaltung immer größerer Massen aus der Industrie, vermindert die Kaufkraft und treibt zur Massenarbeitslosigkeit und sozialem Elend.

Der Arbeitsmarkt weist seit November 1927 eine Verschlechterung auf, die nicht nur auf saisonmäßige Einflüsse, sondern mit auf vorstehende Ursachen zurückzuführen ist. Um diese Verschlechterung aufzuhalten und eine Besserung der Wirtschaftslage zu erzielen, müssen alle die Konjunktur günstig beeinflussenden Faktoren zur Anwendung kommen: Weitgreifende Wohnungspolitik, soziale Gestaltung der Steuern, durchgreifende Maßnahmen gegen die monopolistische Marktbeherrschung, Abbau der Zölle, **in erster Linie aber**

Stärkung der Massenkaufkraft durch Lohnerhöhung,

die der Produktionssteigerung entspricht. Sie ist nicht nur eine soziale Pflicht, sie ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Der Erweiterte Beirat erwartet vom Vorstand, daß er Einfluß und Kraft des Verbandes dieser Pflicht und Notwendigkeit entsprechend einsetzt. Der Beirat erkennt die Maßnahmen an, die vom Vorstand beim Ablauf des seit März 1927 gültigen Lohnabkommens in der Metallindustrie Mitteldeutschlands getroffen wurden, nachdem die Unternehmer jede Lohnerhöhung ablehnten und der Schlichter einen völlig unzureichenden Schiedsspruch fällte.

Die vom Gesamtverband deutscher Metallindustrieller angekündigte Gesamtaussperrung der deutschen Metallarbeiter ist eine Bedrohung der ganzen Bevölkerung, um dadurch den berechtigten Anspruch der Arbeiter auf Sicherung ihrer Lebenshaltung und Teilnahme an der steigenden Ergiebigkeit der deutschen Produktion niederzuschlagen. Diese Ankündigung der Metallindustriellen ist zugleich eine Schädigung der deutschen Wirtschaft, wofür die Unternehmer die Verantwortung zu tragen haben. Der DMV sieht den Maßnahmen der Metallindustriellen mit größter Ruhe in dem Bewußtsein entgegen, daß seine Lohnforderungen berechtigt sind und zugleich im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft liegen. Der Erweiterte Beirat spricht den im Kampfe befindlichen Kollegen Mitteldeutschlands und Sachsens seine Solidarität aus. Er erwartet, daß sie den ihnen aufgezwungenen Kampf in der seitherigen mustergültigen Weise fortsetzen, bis die Unternehmer zu einem die Arbeiter befriedigenden Abschluß bereit sind.

An die Gesamtmitgliedschaft richtet der Erweiterte Beirat die Aufforderung, diese Zeit der zunehmenden Kämpfe zur Gewinnung der noch abseits stehenden Metallarbeiter zu benutzen, damit dem Unternehmertum in allen Bezirken eine geschlossene organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft gegenübergestellt werden kann.

An der Aussprache über das Referat von Brandes beteiligten sich: Jütte (Berlin), Rusch (Berlin), Rißler (Halle), Teichgräber (Dresden), Schulenburg (Karlsruhe), Malarsky (Frankfurt a. M.), Schäfer (Leipzig), Stürzler (Hannover), Urich (Berlin), Jerrentrup (Bielefeld), Knoll (Magdeburg), Denath (Offenbach), Händel (Dresden), Handke (Stuttgart), Weh (Köln), Gruner (Stettin), Petersen (Hamburg), Wickel (Berlin), Spiegel (Bielefeld) und Heide (München).

In seinen Schlußwort stellt **Brandes** fest, daß die Aussprache eine einmütige Stellungnahme dieser Körperschaft in allen wichtigen, das Vorgehen der Kollegen in diesem Kampf und den folgenden Bewegungen betreffenden Fragen ergeben habe. Die Handlungsweise der Unternehmer in Mitteldeutschland und Sachsen peitsche die dem Verband noch fernstehenden Arbeiter auf und sei damit ein Teil der Kraft, die wohl das Böse will und doch das Gute schafft. — Der Erweiterte Beirat gibt dann der Entschließung die Zustimmung.

Vor Abschluß der Tagung berichtet der Hauptkassierer **Schäfer** über den Stand der Vorlage des Vorstandes betreffs Einführung der Invalidenversicherung im Verband. Der Hauptkassierer **Schott** gibt dem Beirat Kenntnis von einer Aussprache mit dem Reichsverband deutscher Techniker und Heizerverband wegen der gemeinsamen Herausgabe der Monatsschrift „Energie". Der Inhalt wird auf die wichtigsten Berufsgruppen der Eisen- und Metallindustrie zugeschnitten sein. Der Vorstand trägt damit einem lang gehegten Wunsch der Fachkollegen Rechnung und schafft gleichzeitig eine Plattform für die Annäherung der beiden Organisationen. Die erste Nummer der Zeitschrift wird am 1. April 1928 erscheinen. Der billige Preis von 25 ₰ für die in hochwertigem Kupferdruck herausgegebene Zeitschrift sichert ihre zahlreiche Abnehmer. Probenummern sind durch die Verwaltungen des Verbandes zu beziehen.

Mit diesen Darlegungen schließt die Tagung. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß vom Reichsarbeitsminister eine Einladung zu einer Aussprache über den mitteldeutschen Streik eingelaufen und daß der für die bayrische Metallindustrie gefällte Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden ist.

Ergebnisse der Verbandstätigkeit

Bezirk Hamburg. Der Spitzenlohn der Werftarbeiter in Boizenburg wurde um 10 ₰ erhöht und damit der Streik, an dem 320 Personen beteiligt waren, beendet. In Pinneberg wurde, abweichend von einem für die Metallindustrie gefällten Schiedsspruch, der eine Erhöhung der Löhne um 3 bis 5 ₰ vorsah, in erneuter Verhandlung eine Lohnerhöhung bis 8 ₰ erreicht. Der Spitzenlohn beträgt für Gelernte statt 77 jetzt 85 ₰. Die Akkordbasis wurde statt um 9 ₰ um 12 bis 13 ₰ erhöht. — In Wewelsfleth erfolgte eine Erhöhung des Stundenlohnes um 6 ₰.

Bezirk Köln. In Köln wurde in der Branche der Zigarettenmaschinenführer der Wochenlohn für die an Abbreko- und Triumphmaschinen beschäftigten Führer um 4 ℳ auf 78 ℳ erhöht; für die Führer an Rapidmaschinen auf 84 ℳ. Der Wochenlohn für Handwerker erhöhte sich von bisher 65 auf 70 ℳ. Das Abkommen gilt bis zum 1. August.

Bezirk Nürnberg-München. In der bayrischen Metallindustrie für die vier Großstädte wurde eine Lohnzulage von 6 vH durch Schiedsspruch erreicht.

Bezirk Stettin. Für die Arbeiter des Gußstahlwerks Tongel in Güstrow wurde der Stundenlohn um 5 ₰ für die Gelernten und um 5½ ₰ für die Ungelernten erhöht. — Für die mecklenburgische Metallindustrie wurde der Lohn von 68 ₰ um 7 ₰, ab 1. Juli 1928 um weitere 3 ₰, zusammen also um 10 ₰ erhöht.

Bezirk Stuttgart. Der Streik in der Bügeleisenfabrik Kaltschmied in Oberriexingen konnte nach 18wöchiger Dauer mit Erfolg beendet werden. Außer einer angemessenen Erhöhung der Akkordpreise hat die Firma nunmehr den Schiedsspruch vom 17. Mai 1927 anerkannt. Die Wiedereinstellung der zirka 200 Beteiligten ist fast vollzählig erfolgt. — Bei der Firma Lanz in Mannheim ist der Stundenlohn der Monteure von 56 ₰ auf 1,08 ℳ erhöht worden.

Um den Manteltarif in der Provinz Brandenburg

Die seit mehr als zwei Monaten dauernden Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Manteltarifs für die Metallindustrie der Provinz Brandenburg haben endlich zum Abschluß geführt. Nachdem ein Parteischiedsgericht auf Veranlassung der Arbeitnehmer nicht weiter tagen konnte, weil die vom Vorsitzenden Winnig gemachten Vorschläge zur Einigung keine Grundlage für die Arbeiter bildeten, fällte der amtliche Schlichtungsausschuß Potsdam am 14. Januar einen Schiedsspruch, der Verbesserungen brachte in der Höhe der Zuschläge für Überstunden, der Akkordmindestverdienste, der Bestimmung über angelernte Arbeiter, des Urlaubs usw. Unannehmbar für die Arbeiter waren die Bestimmungen über Arbeitszeit und Überstundenzuschläge. Danach sollten die Unternehmer eine Arbeitszeit bis zu 54 Stunden anordnen können. Dies wurde damit begründet, daß besonders in Eberswalde die Fahrtverhältnisse für die von auswärts kommenden Arbeiter und auch die Produktionsverhältnisse der Industrie es unmöglich machten, eine Arbeitszeit unter 54 Stunden festzusetzen. Nachdem die Arbeiter den Schiedsspruch abgelehnt hatten, beantragten die Unternehmer die Verbindlicherklärung. Der Schlichter für die Provinz Brandenburg, Wissell, lehnte jedoch die Verbindlicherklärung ab, weil ihm der Schiedsspruch zu rechtlichen Bedenken Anlaß gab und eine Notwendigkeit für staatlichen Zwang zur Erhaltung der 54stündigen Arbeitszeit nicht gegeben sei. Nunmehr vereinbarten beide Parteien, über die strittige Frage der Arbeitszeit und Überstundenzuschläge einen neuen Schiedsspruch durch den Oberregierungsrat Dr. Zaesar fällen zu lassen. Dadurch wurde die regelmäßige Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden festgesetzt. Die **Anordnungsbefugnis** des Unternehmers wurde auf 52 Stunden beschränkt. Bisher konnte der Unternehmer bis 54 Stunden ohne weiteres anordnen und im Benehmen mit der Betriebsvertretung die Arbeitszeit auf 60 Stunden ausdehnen, das heißt praktisch also 60 Stunden arbeiten lassen. Künftig bedarf der Unternehmer für Überstunden von mehr als vier die Woche bis höchstens einer Gesamtarbeitszeit von 60 Stunden der Zustimmung der Betriebsvertretung. Während die Zuschläge bisher wochentlich abgegolten wurden, und zwar mit 10, 15 oder 25 vH, sind die Zuschläge nunmehr folgendermaßen geregelt: Für die erste Überstunde den Tag 20 vH, die zweite Überstunde 25 vH, die dritte 30 vH, darüber hinaus 50 vH.

Die Arbeiter in der Metallindustrie der Provinz Brandenburg werden durch Abstimmung endgültig Stellung nehmen. Es ist aber nach der Stellungnahme der Bezirkskonferenz am 5. d. Mts. zu erwarten, daß nunmehr der Streik um den Abschluß eines neuen Manteltarifs beendet ist. Die Unternehmer haben bereits zugestimmt.

•

Berichtigung. In dem in der vorigen Nummer befindlichen Bericht über die brandenburger Bezirkskonferenz ist in der zehnten Zeile durch Auslassen einer 2 ein sinnstörender Fehler entstanden. Es muß dort heißen, die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1927 auf 27 669 oder um 25,6 vH.

•

Zunahme der Männersterblichkeit

In einer kürzlich erschienenen Schrift macht Sanitätsrat Dr. Rudolf Vandel-Nürnberg bemerkenswerte Mitteilungen über die Bevölkerungsbewegung und die Sterblichkeit in den drei bayrischen Großstädten München, Nürnberg und Augsburg. Es wird dort nachgewiesen, daß die Männersterblichkeit sich von der Mitte des Krieges ab vermindert hat und auch nach Beendigung des Krieges einen rapiden Absturz zeigt. Diese Erscheinung beschränkt sich indessen nicht auf diese drei Großstädte, sondern erstreckt sich über ganz Bayern und das ganze Reichsgebiet. Dr. Vandel bringt sie in Verbindung mit dem Rückgang des Alkoholgenusses. Die starke Verminderung der Erzeugung und des Verbrauchs geistiger Getränke in der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit war die Ursache dieser in der deutschen Sterbestatistik einzig dastehenden Erscheinung. Die Richtigkeit dieses Zusammenhangs wird durch den Umstand bestätigt, daß der Wiederanstieg der Biererzeugung von etwa 1921 an auch mit einem Wiederanstieg der Männersterblichkeit einhergeht, wie aus einer bis 1925 vorgeführten Statistik der drei Städte München, Nürnberg und [illegible]

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart
Telephon-Nummern: S.-A. 62841, 62842, 62843

Mit Sonntag dem 26. Febr. ist der **9. Wochenbeitrag** für die Zeit vom **26. Februar bis 3. März 1928** fällig.

•

Häufig werden Anfragen einzelner Mitglieder an den Vorstand gerichtet über Angelegenheiten, die ihre Erledigung leicht durch die zuständige Ortsverwaltung finden können. Meistens ist diesen Anfragen ein Ausweis über die Mitgliedschaft nicht beigefügt. Die Mitglieder sollten sich stets zunächst an die Ortsverwaltung wenden.

Stuttgart, Nötestraße 16. Der Verbandsvorstand

Zur Beachtung! • Zuzug ist fernzuhalten:

von Aluminiumformern ꝛc. nach Solingen (Rudolf Rautenbach) St.;

von Metallarbeitern aller Branchen nach Bünde in Westfalen (C. H. Planthold) St.;

L = Lohnbewegung; D = Differenzen; o St = Streik in Sicht; St = Streik; M = Maßregelung; Mi = Mißstände; A = Aussperrung

Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzuholen. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abstempeln zu lassen.

Verbandsanzeigen

Köln a. Rh. Zum zweiten Bevollmächtigten wurde der Kollege O. Lüdemann, Köln, gewählt. Den Bewerbern besten Dank.

Schriftenschau

Praktische Natur- und Werkstoffkunde für metallverarbeitende Berufe als Grundlage für die Werkstattkunde und das fachliche Rechnen von D. W. Steinbrings. Mit 4 farbigen Tafeln, 260 Abbildungen und zahlreichen Tabellen. Brosch. 11 ℳ, geb. in Leinen 13,50 ℳ. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart. In erschöpfendem Maße wird in dem Werk das für die Arbeitskunde des Metallarbeiters Grundlegende aus der fachgewerblichen Naturlehre geboten. Auch hier fanden die Anforderungen, welche Betrieb und Baustelle an Meister, Monteure und Facharbeiter stellen, weitgehende Berücksichtigung. Ein ungemein reiches und instruktives Bildermaterial macht das Steinbringsche Werk besonders wertvoll.

Aus der Faschingsnummer des **„Wahren Jakob"**, die übermütig und flott im Ton, jedem Freunde kecken Humors eine lustige Stunde bereiten wird, geben wir folgende Witze wieder:

Stresemann saß auf einem Sofa, fest eingekeilt, und trank tiefsinnig eine Flasche Burgunder. „Servus, alter Junge, was ist mit Dir?" rief einer hinüber, „Du sitzt ja so bewegungslos da!" „Ich bitte Dich — bei der Koalition!" lächelt trübsinnig die Stresemann-Maske.

•

„Ach, sieh doch mal, wie reizend da die Frau Neumann mit rotem Käppi, schwarzem Mieder und goldenen Schnüren als deutsches Volksmärchen!" „Ach ih — wo! Mir hat sie erklärt, sie käme als deutsche Republik!" „Also, was hab ich gesagt?!"

Urania. In der Februar-Nummer der kulturpolitischen Monatshefte über Natur und Gesellschaft behandelt Bergingenieur M. Koitsch „Die Gewinnung des Roheisens". Zu den photographischen Aufnahmen des Verfassers vom Hüttenbetrieb hat W. Wiedbrauck einen künstlerischen Holzschnitt „Hochofenabstich" geliefert. Allerlei Wissenswertes erfahren wir aus der Technik, aus dem trockengelegten Amerika, über merkwürdige Felsgebilde in amerikanischen Naturschutzgebieten und über die russischen Naphtaquellen, um die gegenwärtig der weltwirtschaftliche Kampf geht. M. Kaschubowski läßt uns am sozialen Wandern der Volksschüler teilnehmen und zeigt dazu prächtige Aufnahmen seiner Schüler. Als Liedbeigabe wird das Lied der streikenden Arbeiter aus Sinclairs „Singende Galgenvögel" zum erstenmal vertont veröffentlicht. Probehefte auf Verlangen portofrei und gratis durch die Urania-Verlags-Gesellschaft mbH, Jena.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.) Hamburg, Rothenbaumchaussee 20.

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse im Monat Januar 1928

Krankenkasse:

Einnahmen	84523,07 ℳ
Ausgaben	71469,61 „
Mehreinnahmen	13053,46 ℳ
Kassenbestand am 1. Januar 1928	1317527,25 „
„ „ 31. Januar 1928	1330580,71 ℳ

Sterbekasse:

Einnahmen	57381,20 ℳ
Ausgaben	20977,90 „
Mehreinnahmen	36403,30 ℳ
Kassenbestand am 1. Januar 1928	1054600,68 „
„ „ 31. Januar 1928	1091003,98 ℳ

Kollegen aller Berufe! Schützt euch und eure Familie im Krankheitsfalle vor Hunger und Not und tretet in die Metallarbeiterkrankenkasse ein. Folgt nicht den Lockungen der Agenten der bürgerlichen Versicherungen, wo ihr nur zu zahlen, aber nichts zu sagen habt. Bewahrt euch vor Schaden dadurch, daß ihr euch nur bei eurem eigenen Unternehmungen versichert. Im Jahre 1880 von Arbeitern gegründet, besitzt die Kasse heute über 1000 Verwaltungsstellen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. Der Beitritt kann bei den örtlichen Verwaltungsstellen jederzeit erfolgen oder man wende sich an die Hauptverwaltung: „Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter und anderer gewerblicher Arbeiter (V. a. G.), Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 20."

Laut § 7 Abs. 4 der Satzung sind für das Jahr 1927 53 Wochenbeiträge zu entrichten.

Hamburg, im Februar 1928 **Der Vorstand**

Druck und Verlag Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Nötestraße 16

Wesen und Zweck der Kartelle

Welchem Zweck dienen Kartelle, Trusts und ähnliche Zusammenschlüsse von kapitalistischen Unternehmungen? Das liegt zwar, sollte man meinen, sonnenklar auf der Hand. Aber trotzdem hat sich darüber in der bürgerlichen Fachpresse ein Streit entsponnen, der auch für uns nicht ohne Belang ist. Übrigens ist der Streit nicht neu. Und neu ist es auch nicht, daß Regierung und Wissenschaft päpstlicher sind als der Papst; indessen die Unternehmer aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen und offen eingestehen, daß es ihnen einzig und allein um die Vergrößerung des Profits zu tun ist, legen ihnen Minister und Professoren allerlei „sittliche" und „vaterländische" Beweggründe unter, an die sie im Traum nicht gedacht haben. Als man zum Beispiel vor 16 Jahren im preußischen Abgeordnetenhaus über die Verteuerung der Kohle klagte, die das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat herbeigeführt hatte, verteidigte der damalige königliche Handelsminister (am 20. Mai 1911) das Syndikat, indem er behauptete, es sei seinerzeit gegründet worden, um die jähen Schwankungen der Preise zu verhindern, die früher „infolge des ungeregelten Wettbewerbs" bald übermäßig hoch, bald ungewöhnlich niedrig gewesen seien. Und dies wäre, obwohl allerdings die Preise dann meist höher waren als zuvor, ein Segen für die ganze Wirtschaft gewesen, namentlich auch für die Bergarbeiter und für die verarbeitende Industrie.

Man muß hier zwischen zwei Dingen unterscheiden: zwischen dem, was die Unternehmer bei Gründung des Syndikats beabsichtigten, und dem, was nachher tatsächlich daraus geworden ist. Der Minister legte ihnen also die Absicht bei, nicht etwa die Preise zu erhöhen, sondern nur sie zu regeln, vor jähen Schwankungen zu bewahren. Das steht nun in krassem Widerspruch zu dem, was die Unternehmer selbst über sich gesagt haben. Die erste Anregung zur Gründung des Syndikats (die erst 1893 zustande kam) ging in den 70er Jahren von dem damaligen Vorsitzenden des Dortmunder Vereins für die bergbaulichen Interessen aus, einem Dr. Hammacher, und der hat in einer Rede im Dezember 1877 klipp und klar gesagt:

„Wir haben im rheinisch-westfälischen Bezirk über 150 selbständige Bergbauunternehmungen ... So entsteht eine Preisschleuderei ohne gleichen ... Es muß Fühlung gesucht werden, um mit gemeinsamen Kräften die Aufbesserung der Kohlenpreise zu erreichen."

Von einer Regelung der Preise, von der Absicht, sie je nach dem Bedarf der Wirtschaft auch wieder zu senken, steht hier kein Wort. Ja, Dr. Hammacher bezeichnete es sogar im weiteren Verlauf seiner Rede als „die Aufgabe des Bergbaus in unserm Steinkohlenbecken", das darin steckende Kapital von 1½ Milliarden Mark „rentabel zu machen", das heißt, „eine regelmäßige Jahresrente von 80 Millionen Mark" abzuwerfen, und das eben sollte erreicht werden durch „eine zeitweilige Beschränkung der Produktion", die „die sichere Aussicht auf eine allmähliche Erhöhung der Kohlenpreise eröffnet".

An diese uralte, fast schon verstaubte Erörterung wird man erinnert durch einige Professoren, die sich auch heutzutage bemühen, den Unternehmern in den Kartellen die edelsten Absichten unterzuschieben. Da hat zum Beispiel der Professor v. Beckerath aus Bonn in der Zeitschrift „Wirtschaftsdienst" einen Aufsatz veröffentlicht, worin er behauptet, der Kartellbegriff habe seinen Inhalt gewandelt. Früher einmal, vor 30 und mehr Jahren, seien die Kartelle gegründet worden „zwecks monopolistischer Beherrschung des Marktes", das heißt eben zu dem Zweck, den Wettbewerb auszuschließen und die Preise so in die Höhe zu schrauben, daß auch die betrieblich rückständigen Kartellmitglieder dabei bestehen können. Aber das sei lange vorbei. Heute erfüllen die Kartelle und sonstigen Unternehmerzusammenschlüsse einen organisch-wirtschaftlichen Zweck, sie arbeiten auf die planmäßige Regulierung der Produktion und des Marktes hin:

„Wenn im Kalkulationskartell die Mitglieder in der betriebswirtschaftlich rationellen Kalkulationsweise unterrichtet werden, oder im Fertigungskartell Einheitsnormen und Typen der Produktion vereinbart und in der Auftrags- und Kundenzuweisung auf die besondere technische und verkehrswirtschaftliche Eignung der einzelnen Betriebe Rücksicht genommen wird, so hat das mit monopolistischer Marktbeeinflussung im Sinne einer einseitigen Belastung des Konsumenten sehr wenig zu tun."

Beckerath versteigt sich bis zu der Behauptung: „Die Zeiten sind vorüber, wo man ... nach gelungenem Zusammenschluß möglichst hohe Preise aus den Verbrauchern herauszuholen strebte, um mit Hilfe der so erzielten Gewinne allen Kartellmitgliedern ein geruhsames Dasein zu sichern." Vielmehr würden durch die regulierende Tätigkeit der Kartelle die Kosten so vermindert, daß „die Kartellvorteile sich aus dieser Kostenminderung und nicht aus der Preissteigerung ergeben".

Wenn man diese Ausführungen liest, sagt man sich unwillkürlich: schöner Gedanke, aber leider siehts in der Wirklichkeit ganz anders aus. Prof. Beckerath hat denn auch bald entschiedenen Widerspruch gefunden durch Dr. Tschierschky, den Herausgeber der Kartellrundschau, der die Beobachtung der Kapitalzusammenschlüsse zu seinem besondern Studium gemacht hat. Er hat die Satzungen einer großen Anzahl Kartelle usw. daraufhin durchgearbeitet und überall als bewußten und eigentlichen Zweck des Kartells eine Preisfestsetzung gefunden, die „jedenfalls die schwächsten Mitglieder noch zufriedenstellen muß", womit dann den Bessergestellten eine besondere Kartellrente gesichert ist. Es gehört ja in der Tat Weltfremdheit dazu, nicht zu sehen, daß jedes Kartell, sobald es nur irgend kann, die Preise zu erhöhen trachtet. Man denke nur an den gegenwärtigen Vorstoß der beiden mitteldeutschen Braunkohlensyndikate.

Es fragt sich nun, was wir von unserm sozialistischen Standpunkt aus dazu zu sagen haben. Das ergibt sich, wenn wir nochmal an die Unterscheidung zwischen Absicht der Unternehmer und tatsächlicher Entwicklung denken. Prof. Beckerath hat unbedingt unrecht, wenn er meint, es läge in der Absicht der Unternehmer, den technischen und organischen Fortschritt zu fördern. Sie wollen weiter nichts als den Profit erhöhen, und zwar auf die bequemste Weise; sie haben es zunächst und unmittelbar nur auf Preissteigerung abgesehen. Das hindert jedoch nicht, daß durch die Vereinigung selbst sich langsam und allmählich jene produktionsfördernden Entwicklungen ergeben, auf die Prof. Beckerath hinweist. Wie langsam es geschieht, das beweist schon die Tatsache, daß das Kartellwesen doch immerhin schon 70 bis 80 Jahre alt ist und daß wir heute noch im Anfang jener Produktionsförderung stehen. Daß sie schließlich einmal dahin führen wird, wo Beckerath sie heute schon zu sehen glaubt, das unterliegt freilich keinem Zweifel; das haben schon Marx und Engels erkannt, wie man im „Kapital" aus ihren Bemerkungen über Aktiengesellschaften ersehen kann. Aber wie entsetzlich langsam geht es doch! Und mit wie furchtbaren Leiden für die Arbeiter ist es verbunden! Man darf ja nicht vergessen, daß jeder einzelne solcher Produktionsfortschritte zum Zwecke der Kostenminderung für viele Arbeiter die Entlassung, für viele andere Senkung des Lohns bedeutet. Wie anders wäre das, wenn dieselbe Entwicklung, anstatt in einzelnen wenigen Schritten nach dem jeweiligen Profitbedürfnis des Kapitals, großzügig nach einem bewußten und planmäßigen Willen vor sich ginge! Dies herbeizuführen und damit die Arbeiterklasse von den entsetzlichen Leiden der Übergangszeit zu befreien, die Menschheit mit vollem Bewußtsein auf die höhere Stufe der Kultur zu heben, das ist die wichtigste Aufgabe des Sozialismus. Ibykus.

Die britische Metallindustrie 1927

Das Jahr 1927 brachte auch in Großbritannien eine Besserung der Wirtschaftslage, die unter anderm in der Zunahme der gewerblich beschäftigten Personen sowie in einer Abnahme der Arbeitslosigkeit Ausdruck findet. Die Vermehrung der Arbeiterzahl ergibt sich mit Gewißheit aus der Vermehrung der Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen von 12 041 000 im Juli 1926 auf 12 131 000 im Juli 1927. Die Versicherung umfaßt praktisch alle Arbeiter der Industrie, im Handel, Verkehr und den freien Berufen, mit Ausnahme der Angestellten mit Jahresverdiensten über 5000 M und der Heimarbeiter. Die Lage des Arbeitsmarktes zeigte eine bedeutende Besserung. In allen Gewerben und Berufen, auf die sich die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit erstreckt, wurden im Jahresdurchschnitt 1926 12,5 vH Arbeitslose gezählt, 1927 nur noch 9,7 vH. Dabei sind 1926 jene Arbeitslosen nicht mitgezählt, die infolge des Bergarbeiterstreiks die Arbeit verloren und keinen Anspruch auf Unterstützung hatten.

Die einzelnen Wirtschaftszweige waren an der Besserung der Wirtschaftslage recht verschieden beteiligt. Die Metallindustrie weist zwar keine Vermehrung der Beschäftigten, aber doch einen Rückgang der Arbeitslosigkeit auf. In allen Zweigen der Metallindustrie, den Fahrzeugbau und Schiffbau zusammengenommen, ging die Zahl der gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen von 2 174 900 im Juli 1926 auf 2 152 410 im Juli 1927 zurück, also um 22 410. Die Abnahme betraf die Gruppe Erzeugung von Blechen, Rohren usw., Maschinenbau, Schiffbau und verschiedene weiterverarbeitende Metallgewerbe. Eine Zunahme der Zahl der Versicherten wiesen auf die Roheisenerzeugung, die Eisen- und Stahlwerke und der Fahrzeugbau. Von der Gesamtzahl der Versicherten trafen im Juli 1927 auf die Roheisenerzeugung 24 920, die Eisen- und Stahlwerke 194 520, die Erzeugung von Blechen, Rohren usw. 123 860, den Maschinenbau 764 280, den Fahrzeugbau 309 850, den Schiffbau 216 020, auf verschiedene Metallgewerbe 518 950.

Diese Industrien wurden von der 1921 ausgebrochenen Wirtschaftskrise besonders schwer betroffen, so daß wahrscheinlich auch die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter geringer ist als zur Zeit der Industriezählung von 1921; damals betrug sie rund 2 400 000.

Unter den versicherten Arbeitnehmern ergaben sich Ende 1926, Mitte 1927 und Ende 1927 folgende Stände der Vollarbeitslosen (in Hundertsätzen):

	Dez. 1926	Juni 1927	Dez. 1927
Roheisenerzeugung	15,7	8,8	11,8
Eisen- und Stahlwerke	14,4	8,3	9,0
Maschinenbau im allgemeinen	10,4	7,3	6,9
Bau elektrischer Maschinen	5,1	4,1	8,7
Marinemaschinenbau	25,6	14,1	11,2
Kraftwagenbau	7,3	5,0	5,7
Eisenbahn- und Straßenbahnwagen	7,2	3,8	4,0
Schiffbau	40,8	22,4	20,6
Öfen und sonstige Gußwaren	8,6	7,5	7,2
Elektrische Bedarfsartikel	6,9	5,3	4,2
Werkzeuge	9,4	9,4	9,1
Uhren, Schmuck usw.	6,9	6,0	4,2

Der Umfang der Kurzarbeit war 1927 ebenfalls geringer als 1926.

In der Roheisenerzeugung besserte sich der Geschäftsgang während der ersten fünf Monate des Jahres 1927, worauf neuerdings eine Verschlechterung der Lage und eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit eintrat. Von insgesamt 437 Ende Dezember vorhandenen Hochöfen waren nur 149 angeblasen, verglichen mit 184 im Mai. In den Eisen- und Stahlwerken zeigte der Wirtschaftsstand starke Schwankungen; von April bis Dezember stiegen die bis dahin gesunkenen Arbeitslosenzahlen im allgemeinen wieder an. Im Maschinenbau dagegen fand eine fortdauernde Besserung des Geschäftsgangs statt und auch der Wagenbau war im ganzen gut beschäftigt. Im Schiffbau, der mehr als jeder andere Industriezweig unter der Wirtschaftskrise zu leiden hatte, ist der Arbeitslosenstand auf die Hälfte zurückgegangen. Am meisten ausgeprägt war die Besserung in den Werften am Clyde.

An Lohnerhöhungen waren 1926 überhaupt 420 000 und 1927 280 000 Arbeiter beteiligt, während 1926 740 000 Arbeiter und 1927 1 853 000 Arbeiter Lohnkürzungen erlitten. Das Reinergebnis dieser Lohnbewegungen war 1926 eine Erhöhung der Summe der Wochenlöhne der Beteiligten um 49 300 und 1927 eine Lohnverminderung um 358 600 Pfund Sterling wöchentlich.

In der Metallindustrie im besonderen kamen 1926 kollektive Lohnerhöhungen mit 66 900 und kollektive Lohnkürzungen mit 100 500 beteiligten Arbeitern vor. Im Jahre 1927 wurden die Löhne von 224 500 Arbeitern dieser Industriegruppe erhöht und die Löhne von 178 500 Arbeitern gekürzt. Dem Umfang nach überwogen zwar die Lohnerhöhungen, aber deren wöchentlicher Betrag war geringer als der Betrag der gleichzeitig vorgekommenen Lohnkürzungen. Die Lohnkürzungen waren 1927 in der Eisen- und Stahlerzeugung am umfangreichsten, die Lohnerhöhungen dagegen in der Maschinen- und Schiffbauindustrie. Die Änderungen der Normalarbeitszeit waren 1927 unbedeutend.

Die Meßziffer der Kosten der Lebenshaltung stand am 1. Januar 1927 um 75 vH und am 31. Dezember 1927 um 68 vH über der 1914 erreichten Höhe.

Die Arbeitskämpfe waren 1926 wegen des Generalstreiks und des Streiks der Kohlenbergarbeiter außerordentlich umfangreich gewesen (2 751 000 Beteiligte, 162 Millionen verlorene Arbeitstage). Im letzten Jahre waren an 303 Streiks und Aussperrungen 113 700 Arbeiter beteiligt, die einen Arbeitszeitausfall von 1 175 000 Tagen erlitten.

In der Metall- und verwandten Industrie wurden 1927 66 Streiks und Aussperrungen gemeldet, an denen 15 500 Arbeiter beteiligt waren (Maschinenbau 2500, Schiffbau 7200, andere Industriezweige 5800). Die Zahl der infolge dieser Arbeitseinstellungen verloren gegangenen Arbeitstage wird auf rund 80 000 geschätzt. Arbeitskämpfe von mehr als örtlicher Bedeutung kamen 1927 trotz der sich bessernden Wirtschaftslage nicht vor. Die Erschöpfung der Geldmittel der Gewerkschaften infolge des Generalstreiks und des Streiks der Bergarbeiter im Jahre 1926 wirkte noch stark nach. H. F.

Arbeitslosigkeit in Österreich

Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen betrug in Österreich in der zweiten Januarhälfte 230 000, wozu noch mehr als 31 000 Arbeitslose, die keinerlei Unterstützung beziehen, hinzukommen, so daß gegenwärtig wieder mehr als eine Viertelmillion Arbeiter erwerbslos sind. Im Oktober 1927 war die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der Nichtunterstützten etwa 165 000. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Spätherbst ist teils eine saisonmäßige Erscheinung, teils ist sie auf das Abflauen der Wirtschaftsbelebung zurückzuführen. Auffallend ist aber die Tatsache, daß im Durchschnitt des Jahres 1927, wo die Wirtschaftslage viel günstiger war als in den vorangegangenen zwei Jahren, die Zahl der unterstützten Arbeitslosen 176 215 betrug gegen 176 573 im Vorjahr und 159 060 im Jahre 1925, das heißt es waren 1927 im Durchschnitt rund 17 bis 18 vH aller Arbeiter und Angestellten erwerbslos. Daß die Arbeitslosigkeit im Jahre 1927 nicht abgenommen hat, wird auf die Neubelastung des Arbeitsmarktes durch die herangewachsenen jugendlichen Arbeiter oder auf den veränderten Altersaufbau und den steigenden Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung zurückgeführt. Auch erblickt man in der zunehmenden Zahl der Arbeitslosen die Wirkung der Rationalisierung der Industrie, die, obwohl sie nur langsam fortschreitet, in zunehmender Zahl Arbeiter freisetzt.

*

Lohnbewegung der englischen Maschinenbauer

Wie wir der Februarausgabe des „Monthly Journal", dem Blatte des englischen Maschinenbauer-Verbandes entnehmen, ist eine Lohnforderung von 8 Schilling (8 M) die Woche eingereicht worden. Diese Forderung stellt der Maschinenbauer-Verband nicht allein, sondern 28 Gewerkschaften, die mit ihm in den Werken der Nationalen Vereinigung der Maschinenindustriellen (Engineering and Allied Employers' National Federation) beschäftigt sind. Diese Gewerkschaften hatten am 26. Januar in London eine Vertreterversammlung, wo die Lage der englischen Maschinenindustrie eingehend besprochen wurde. Voriges Jahr war eine Aufbesserung von 20 Schilling die Woche gefordert worden. In Anbetracht vieler mißlicher Umstände, wie hohe Arbeitslosigkeit und Leere in den Gewerkschaftskassen, konnte nicht der nötige Druck hinter die Forderung gesetzt werden. So mußten sich die Arbeiter mit einer Aufbesserung von nur 2 Schilling die Woche zufrieden geben. Dieser Zuschlag trat am 1. August 1927 in Kraft und er wird bis zu einem Änderungsantrag von einer der beiden Seiten in Geltung bleiben. Die neue Forderung ist der Unternehmerorganisation eingereicht mit dem Ersuchen, eine gemeinsame Konferenz zur Behandlung der Sache baldmöglichst einzuberufen.

*

Mindestlöhne in Südafrika

IGB. Kürzlich sind in Südafrika zwei Parlamentsbeschlüsse zustandegekommen, die in wohltuendem Gegensatz zu dem gegen die farbigen Arbeiter gerichteten Verwaltungsgesetz stehen, das Lohngesetz und das Gesetz betr. industrielle Schiedsgerichtsbarkeit. Diese beiden Verordnungen sehen die allmähliche Einführung von Lohnämtern und Schiedsgerichten für die einzelnen Industrien mit gelernten Arbeitern vor, wobei nach schiedsgerichtlichen Verhandlungen, an denen Unternehmer und Arbeiter beteiligt sind, das Lohnamt selber das letzte Wort hat. Der oberste Gerichtshof hat nun neuerdings noch ausdrücklich verfügt, daß bei diesen Maßnahmen, soweit gelernte Arbeiter in Frage kommen, keine Rassenunterschiede gemacht werden dürfen. Ein indischer Setzer ist demnach verpflichtet, einen gewissen Lohnmindestsatz zu beziehen. Nimmt er einen niedrigeren Lohn an, so kann sein Arbeitgeber verfolgt und schwer bestraft werden. Nun besteht allerdings bei dieser an sich lobenswerten Regelung die Gefahr, daß das gegen die farbigen Rassen gerichtete Gesetz allmählich auf alle Industrien ausgedehnt wird, in denen Maschinen und gelernte Arbeiter verwendet werden, so daß nichteuropäische Arbeiter überhaupt nicht mehr die Möglichkeit haben, in Industrien zu arbeiten, in denen diese Mindestlöhne gelten. Die südafrikanische Regierung hat in letzter Zeit in allen die Farbigen betreffenden Maßnahmen einen so schlechten Willen an den Tag gelegt, daß Zweifel sehr am Platze sind.

*

Zur Auswanderung nach Australien

IGB. Da der Einwanderungspolitik der australischen Arbeiterbewegung in Europa oft nicht das nötige Verständnis entgegengebracht wird, ist es gut, einmal Näheres über die in Australien bestehende Arbeitslosigkeit zu erfahren, die der Ansicht der australischen Genossen zufolge einer Masseneinwanderung entgegensteht. Da es in Australien noch keine allgemeine Arbeitslosenversicherung gibt, müssen wir uns dabei an die Zahlen der Gewerkschaften halten, die allerdings einen großen Teil der Arbeiter umfassen, so daß sie wohl als Gradmesser in Betracht kommen. Im letzten Vierteljahr 1926 betrug die Arbeitslosigkeit 5,7 vH der Mitglieder, in den ersten drei Vierteljahren 1927 5,9, 6,4 und 6,7 vH. Wie man sieht, ist demnach die Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen. Der Australische Gewerkschaftsbund hat sich deshalb in seiner letzten Sitzung erneut mit der Sache befaßt, wobei zu der Frage der Einwanderung von 450 000 unterstützten Arbeitern aus Großbritannien in den nächsten 10 Jahren Stellung genommen und die sofortige Änderung dieser Abmachung verlangt wurde. Was die allgemeine Einwanderung betrifft, so heißt es in der zur Annahme gelangten Entschließung: „Obwohl wir der Ansicht sind, daß Australien, falls es gut regiert wird, einer viel größeren Bevölkerung Glück und Arbeit geben kann, so sind wir doch um der bereits hier wohnenden Arbeiter willen sowie zur Verhütung von Enttäuschungen gezwungen, unsere Kameraden im Auslande davor zu warnen, daß sie sich durch falsche Angaben dazu verführen lassen, nach Australien auszuwandern und das bereits bestehende Heer der Arbeitslosen zu vergrößern. Alles Herschicken von Einwanderern aus London und anderen Städten soll deshalb eingestellt werden. Keine Regierung soll solche Bestrebungen geduldet oder sonstwie unterstützen, solange die Tausenden von Arbeitslosen in Australien selber nicht beschäftigt sind und die Arbeitslosenversicherung nicht Gesetz des Landes geworden ist."

*

Sowjethumor

Im öffentlichen Speisehaus. Gast: „Zum Teufel, was geben Sie mir da für einen ungewaschenen Teller!"

Bedienung: „Seht mal, welch ein gnädiger Herr! Dreißig haben schon von diesem Teller gegessen und keiner hat geklagt."

(„Krokodil", Nr. 37.)

Im Kampfe gegen Gicht- und Rheuma-Leiden

leistet unser bekannter Philippsburger Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tee hervorragende Dienste, was uns die täglich stoßweise eingehenden Dankschreiben genügend beweisen. Nachstehend einige Beispiele:

Bitte senden Sie an Herrn Gustav Maier, Mannheim O. 3, 12/13, umgehend 6 Pakete Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tee. Ich selbst bin mit diesem Tee sehr zufrieden. Bereits nach dem ersten Paket trat eine wesentliche Besserung ein, die Schmerzen waren lange nicht mehr so quälend.
gez. Ingenieur Karl Sieber, Mannheim.

Muß Ihnen eingestehen, daß mir Ihr Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tee sehr gut geholfen hat. Bekomme ab und zu noch leichte Schmerzen, aber wenn ich den Tee trinke, bekomme ich sofort Linderung. Kann nur diesem Tee zuschreiben, daß ich dadurch mein Leiden los wurde und mein Blut gereinigt bekommen habe; sonst hatte ich immer mit Geschwüren zu tun, aber seit ich die Kur mit Ihrem Tee gemacht habe, ist es auch damit besser. Bitte um weitere 3 Pakete. gez. Kätchen Marting, Alf.

Ich bitte, mir recht bald 6 Pakete Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tees zu übersenden, doch bitte ich ausdrücklich, mir nur die Packung mit dem Bild des alten Herrn mit dem umwickelten Bein zu senden. Dieser Tee ist gut und wirksam, andern mag ich keinesfalls. gez. A. Hilliger, Dresden.

Habe schon zweimal von Ihrem Gicht- und Rheuma-Tee bezogen, welcher mir volle Heilung gebracht hat. Ich danke Ihnen für die vorzügliche Heilkraft Ihrer Kräuter und die mir durch diese erwiesene Wohltat.
gez. Paul Olschewski, Rhein i. Ostpreußen.

Weitere Dankschreiben liegen uns massenhaft vor, doch können wir solche der großen Kosten wegen nicht alle abdrucken.

Diese wenigen beweisen aber genügend, daß unser Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tee von großartiger Wirkung ist und selbst veraltete Leiden kurierte, wenn damit durchgreifende Kuren (6 bis 12 Pakete) gemacht wurden. — Durch die mächtig harnsäuretreibende Wirkung sieht der unser Philippsburger Herbaria-Gicht- und Rheuma-Tee die Ursache, die vergiftende Harnsäure, aus dem Körper, wodurch die Wurzel dieser Harnkrankheit beseitigt wird; gleichzeitig wirkt der Tee allgemein blutreinigend, entsäuernd und entgiftend. — Prospekt gratis. Paket 3 M., bei 3 Paketen franko.

Alleinige Hersteller: Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg G 304 (Baden).

Die deutsche Elektrizitätsversorgung

Zu beziehen durch die Verlagsgesellschaft des DMV in Stuttgart / Preis 5 Mark

---

REKLAMEPREIS NUR 4 MARK

kostet echte deutsche Herr.-Ankeruhr Nr. 52 stark vern., za. 30 Std. Werk gen. reg. nur M. 4,—
Nr. 53 dieselbe mit Scharnier . . nur 4,50
Nr. 51 dies. echt vers., Goldr. u. Scharn. „ 5,—
Nr. 55 dieselbe mit besserem Werk nur „ 6,50
Nr. 58 m. Sprungd., ganz vergold. nur „ 12,80
Nr. 39 Damenuhr vers. m. Goldr. nur „ 7,50
Nr. 79 dieselbe, kleines Format, nur „ 10,—
Nr. 81 dies., echt Silber, 10 Steine nur „ 16,—
Metall-Uhrkapsel . . . . . nur „ 0,25
Panzerkette, vern. 0,50, echt vers. nur „ 1,50
echt vergold. 2,—, Goldbouldekette „ 5,—
Nr. 47 Armbanduhr m. Riem. nur „ 8,—
Nr. 44 kleine Format m. bess. Werk nur „ 12,—
Wecker, prima Messingwerk . . . nur „ 3,50

Nachnahme kostenfrei, Versand per Postanweisung oder Nachnahme, Garantie für jede Uhr

Unsere Leser erhalten 1 Mk. Nachlaß und eine Kapsel gratis bei Einsendung dieses Inserats und Bestellung einer Uhr zum Preise von 6,50 Mk. oder mehr

Uhren-Kiose, Berlin SW 29, Zossener Straße 8 (89)

10000 Dankschreiben über **Bettfedern** beweisen unsere konkurrenzl. billige, gute u. rasche Bedienung. 1 Pfd. graue, 80 u. 1,- halbw. 1,50, gr. Halbdaun. 2,50 u. 3,-, weiß, Flaumrupf 3,80, 4,50, Spezial. 5,- weiße handgeschl. Halbd. 3,50, 4,50, daunenweiche 5,50, 6,50, weiß. Brustflaum 8,—, 10,—. Neue Oberbetten: 18,50, 21,50, 27,-, 35,-. Kissen: 4,50, 8,-, 11,-. Unterbetten: 19,50, 28,-. Must. u. Preisl. umsf.; von 9 Pfd. franko geg. Nachn. Nichtp. Geld zur. Josef Christls Nachf., Cham 440, bay. W. Der Name allein bürgt für reelle Bedienung

---

Mäntel

Loden-, Gummi-, Herbst- u. Wintermäntel, Anzüge f. Sport, Straße u. Abend. Damen-Mäntel, Schuhe und Stiefel liefern wir **5 Tage zur Probe** m. bedingungsl. Rücksendungsrecht 1 — an geg. bequ. Wochenzahlungen v. G.-M. Illustrierter Prospekt m. Preisl. gratis u. frei. Walter H. Gortz, Berlin S 42, Postf. 502 M

Verlangen Sie meine illustrierte **Gratis-Preisliste** für hygien. und chirurg. Artikel **Gummi-Hering** Abt. 2 Berlin C 2

5000 Sprech-Maschinen

fabrizieren wir wieder in großen Serien und sind hierdurch in der Lage, unsere bisher billigen Preise nochmals bedeutend herabzusetzen. Wir bieten Ihnen hierdurch Gelegenheit, zu diesen günstigen Ausnahmepreisen Musik in Ihr Heim zu bringen. — Selbst unsere billigsten Serien sind nach neuester Konstruktion hergestellt. **Schallplattenverleih bis 120 Platten geben wir leihweise zu jeder Sprechmaschine.** Teilzahlung gestattet — Vertreter gesucht — Katalog gratis

Schulz & Gundlach, Berlin C 25
Münzstraße 18

Lassen Sie sich nicht verblüffen durch marktschreierische Reklame, sondern verlangen Sie, wenn Sie eine **Nähmaschine** oder **Sprechmaschine** benötigen, unseren Katalog gratis und franko **Fahrradhaus Frischauf** Offenbach am Main

Eigentum des Arbeiter-Radf.-Bundes Solidarität

WOCHENRATE 1 M. **Hausmusik auf Kredit**

Freyophon Der neue Sprechapparat m. Vollklang. Direkt ab Fabrik: **Schallplatten** bequeme Ratenzahlung. Verlangen Sie sofort Liste 23. Sprechapparatebauges. Freier & Co. Berlin N 4, Chausseestr. 46, I. Etg.

Autofahrschule F. Rotwedel, Berlin, Gartenstraße 32. Telefon Norden 12980

Musik-Instrumente für Orchester, Schule und Haus. Großer Katalog umsonst. Teilzahlung gestattet. Max Dörfel, Klingenthal i. Sa. 128

---

wenn Sie Ihre Liköre mit Reichel-Essenzen selbst bereiten, wissen Sie, was Sie trinken, und haben Gewißheit für Reinheit und Güte Ihres Getränkes, dessen Mischung Sie mit eigenen Händen vornehmen. Die Selbstbereitung mit Reichel-Essenzen ist eine einfache Sache und bringt hohe Ersparnis. In Drog. und Apotheken erhältlich, daselbst auch Dr. Reichels Rezeptbüchlein umsonst oder kostenfrei durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4. Für gutes Gelingen und stets gleiche Güte bürgt aber nur die Verwendung der ECHTEN

Reichel Essenzen

Genossen!

Kauft eure Weine rot und weiß. Weisser süsser Bordeaux zum konkurrenzlosen Preis von Mk. 1,40 die Flasche bei Gewerkschaftshaus GmbH., Trier a. d. Mosel. Abteil. Weinkellerei. Postfach 190

1000fach bew. hat sich meine echte extrast. **Ylang-Ylang**-Essenz-Destillat Anerkannt Hausmittel. Dtz. 8. b. 80 Pf. 7,50 fr. Laborat. E. Walther Halle-Trotha

---

Gratis Preisliste P endet Gummi-Medicus BERLIN SW 68 Alte Jakobstraße 8

Arbeiter!

Schlosser! Monteure! Warum kaufen Sie Ihre blauen Anzüge noch nicht direkt bei mir in der Fabrik? Machen Sie einen Versuch u. bestellen einen Anzug Marke Monteur, ganz hervorragende Qualität mit Umlegekragen, 2 Seiten- und 1 Brusttasche Pr. 6.40 Mk. Versand p. Nachn. Umtausch gest. Richard Weber, mech. Weberei und Berufskleiderf., Poppenhausen, Bez. Cassel

---

Vom Fabrikanten direkt zum Verbraucher! Unser seit langer Zeit im Verkehr bestehender **blauer Monteuranzug** wird in unseren eigenen Webereien und Kleiderfabr. hergestellt. Dieser Anzug ist aus echtfarbigen, reinen Baumwollzwirnen gefertigt und hat den besonderen Vorzug, daß die Unterkleidung nicht angefärbt wird, weil die Innenseite weiß ist. Durch die gute, strapazierfähige Qualität u. tadellose Verarbeitung ist unser Anzug der **beste u. billigste Schlosseranzug** der bis heute auf dem Markt ist. Dieser hochwertige Anzug kostet in den Männergrößen 44-54 **nur Mark. 13,—** Bei größer. Bestellungen Preisermäßigung. Sofern Größe nicht bekannt, Weite Brust-, Beinlängen- und Schrittlänge angeben. Wenn gleichwertige Anzüge billiger angeboten werden, zahlen wir Betrag zurück. **Georg Jäckh** mechanische Kleiderfabr. Gmbh. und Webereien Pforzheim

---

Loto

Apparate Sehr leichte Zahlungsweise Preisliste kostenfrei **Dresdensia Kamera-Vertrieb** Dresden-A. 24 16 Spezialhaus für Fotografie

---

Bilder für Schlaf-, Wohn-, Speisezimmer ohne **Anzahlung** 50 Pf. Wochenrate an kauft man direkt in der Kunstbilderfabrik **„Diamant"** Berlin C 25 Prenzlauer Str. 47 (am Alexanderplatz) Katalog B kostenfrei

---

Liest stets und aufmerksam die Betriebsräte-Zeitschrift des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes! Sie ist ein wertvolles **Bildungsorgan für Verbandsfunktionäre!**

Billig und gut erhalten Sie alle **Musikinstrumente, Sprechmaschinen, Harmonikas**

Violinen von 5 Mk. an, Mandolinen v. 7 Mk. an, Zithern von 12 Mk. an, Harmonikas v. 5 Mk. an

Sprechmaschinen mit drei Jahren Garantie von 20 Mk. an, Schallplatten von 1 Mk. an **Ernst Hess Nachf.** Stammhaus gegründet 1872 Klingenthal Sa. 64. Langjähr. Erfahrungen. Tausd. Dankschreib.! Reell! Umtausch gestattet, daher kein Risiko. Katal. gratis

---

Billigste Bezugsquelle in neuen Gänsefedern wie von der Gans gerupft, mit vollen Daunen Pfund 3,—, dies. doppelt ger. 3,50, kleine Federn Halbdaunen 5,-, sehr zarte 6,-, ¾ Daunen 6,50, ger. gerissene Fed. m. Daunen 4 u. 5,—, hochpr. 5,75, allerf. 7,50, Ia Volldaunen 9 u. 10,50. Für reelle staubfreie Ware Gar. Nehme Nichtgewünscht. auf m. Kost. zur. Versand gegen Nachn. Ab 5 Pfd. portofr. Lieferung **Rudolf Gielisch, Neutrebbin 270.** — Oderbruch Gänsemastanstalt — Gegründet 1852

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Bettfedern aus erster Hand!

Pfund grau 60 Pf., geschl. 90 Pf., Rupf 1,75, Halbdaune 2,75, 4,—, weiß Flaumrupf 4, beste 5, Daune 7, weiß 8—10, Schleifdaune 3,50—5, Oberbett Ia dicht. Inlett 8 Pfd. 12, IB. Kissen 3 Pfd. 3,50, 5,50 usw. gegen Nachn. Muster-Preisl. fr., k. Risiko. Nichtpass. zurück. Böhmisches Bettfedern-Spezialhaus Seichel & Stadler, Berlin C 167, Landsbergerstr. 42.

Drucksachen Verlagsgesellschaft des DMV Stuttgart

Trinke Kaffee nur von Westphal

Gerösteter Kaffee nie schmeckend, frisch gebrannt, 5 Pfund portofrei zur Probe . . . Pfund Nachl. 2,75
Westphal-Mischung Pfd. Nachl. 0,75
Kaffee-Ersatz-Mischung Packete mit grün 6½ Pfund Inhalt portofrei . . . . . Nachl. 6,60
Versand portofrei gegen Nachnahme. Bei Nichtgefallen Zurücknahme.
Gustaph Westphal, Gegründet 1897 **Altona 346, Hamburg**

Billige böhmische Bettfedern!

Beste deutsche Bezugsquelle für

1 Pfund graue, geschlissene M. 1,80 und 1,—, halbweiße M. 1,20, weiße, flaumige M. 2,—, 2,50 und 3,—. Herrschaftsschleiß M. 4,—, bester Halbflaum M. 5,— u. 6,—, ungeschl. flaum. Rupfe. M. 2,20, 2,80 u. 3,25, Flaumrupf M. 4,—, Daunen weiß M. 7,—, hochfein M. 10,—, zollfrei gegen Nachnahme, von 10 Pfund an postfrei. Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück.

Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos. **Rudolf Blahut,** Bettfedern-Großhandl. **Deschenitz 733** Böhmerwald

---

Tüchtiger Kornmacher (Stand und Schon) für sofort oder später gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen dauernde Stellung. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung sind zu richten an Königsberg Schlosserei Gmbh., Zweigniederlassung Bielefeld.

Stellungsgesuche sind nicht an die Schriftleitung, sondern nur an die Verlagsgesellschaft des DMV, Stuttgart, zu richten.

Erstklass. Rundschleifer der Schleifen und Polieren von Stahlmantel-Kupfergeschossen selbständig ausführen kann, zum sofortigen Antritt gesucht. Schriftliche Angebote erbeten unter E. Z. 652 an Journalverlag Leipzig.

Gesucht wird der Schlosser **Wilhelm Bollland** geboren am 21. September 1895 zu Wolfsruhe, Buch-Nr. 6170 611 (eingetreten am 20. 4. 1926 zu Wolfsruhe). Nachricht erbeten an die Bezirksleitung Wolfsruhe (Hann.), Marktstr. 156.

Durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Stuttgart ist zu beziehen: **Die Arbeits- und Lohnverhältnisse den deutschen Gießereien**

Preis für Verbandsmitglieder 1,50 Mark, für Nichtmitglieder 2 Mark

Verantwortlicher Anzeigenleiter: Krieger-Verl. G. m. b. H., Berlin SW 11, Stresemannstraße 91 — Zur Zeit gültige Anzeigenliste, der eine Aufgabe gilt — Fernruf: Dönhoff 4736/39, 4739 — Postscheckkonto Berlin 47910
Druckerei: Büchsenschütz, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Paul Lange, Berlin SW 11